



Dezember 2015 – Nr. 3 – 18. Jahrgang
Décembre 2015 – No. 3 – 18^{ème} année
Dicembre 2015 – No. 3 – 18^o anno

PARLAMENT PARLEMENT PARLAMENTO

Mitteilungsblatt der Schweizerischen
Gesellschaft für Parlamentsfragen

Bulletin d'information de la Société suisse
pour les questions parlementaires

Bollettino d'informazione della Società
svizzera per le questioni parlamentari

SCHWERPUNKT – LE THÈME – IL TEMA

**«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»
«Débats parlementaires: la liberté de ton et l'art oratoire
appartiennent-ils au passé?»**

BEITRÄGE – CONTRIBUTIONS

Die Kehrtwende des Parlamentes bei den kurzen Freiheitsstrafen

MITTEILUNGEN – NOUVELLES – NOTIZIE

**Kanton St. Gallen
Online-Plattform DeFacto**



Editorial: Der neue Präsident stellt sich vor 1

Personalia: Verabschiedung des Präsidenten der SGP, Claude Janiak 3

SCHWERPUNKT – LE THÈME – IL TEMA

«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»
«Débats parlementaires: la liberté de ton et l’art oratoire appartiennent-ils au passé?»

«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»: Einleitung in das Thema der Jahresversammlung
 Ruth Lüthi 4

Die freie parlamentarische Rede in historischer, politologischer und medienwissenschaftlicher Perspektive
 Roger Blum 6

Le point de vue d’un député de l’Assemblée fédérale
 Andreas Gross 11

Wie trainiere ich für die freie Rede?
 Sibylle Sommerer 16

Le point de vue d’une députée d’un parlement cantonal
 Antoinette de Weck 20

«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»: Diskussion 22

BEITRÄGE – CONTRIBUTIONS

Die Kehrtwende des Parlamentes bei den kurzen Freiheitsstrafen: Eine frameanalytische Erklärung
 Mirjam Suri 27

MITTEILUNGEN – NOUVELLES – NOTIZIE

Neuorganisation der Parlamentsdienste des Kantons St. Gallen 33

Politik- und Sozialwissenschaftliche Online-Plattform DeFacto 36

Korrespondenten – Correspondents – Corrispondenti 39

*Für weitere Informationen (frühere Ausgaben dieses Heftes. Links auf kantonale und kommunale Parlamente): <http://www.sgp-ssp.net>
 Pour de plus amples informations (éditions antérieures du bulletin, liens aux sites des parlements cantonaux et communaux): <http://www.sgp-ssp.net>*



Der neue Präsident stellt sich vor

Es ist mir eine besondere Freude, nach der kürzlich erfolgten Wahl zum Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) mich mit diesem Editorial zum ersten Mal an die Leserinnen und Leser unserer Vereinszeitschrift zu wenden. Sie fragen sich, was veranlasst einen Schreinermeister aus dem Entlebuch überhaupt, sich an die Spitze der SGP wählen zu lassen. Tatsächlich, vor zwanzig Jahren hätte ich mir das nicht vorstellen können. Die Anfrage kam vor einem halben Jahr auch sehr überraschend. Nach relativ kurzer Zeit des Überlegens habe ich zugesagt. Das möchte ich an dieser Stelle kurz erklären und mich vorstellen.

Als ich 1999 in den Nationalrat gewählt wurde, hat mich die CVP-Fraktion in meine beiden Wunschkommissionen delegiert: in die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) und in die Staatspolitische Kommission (SPK). Für die UREK habe ich mich damals interessiert, weil im Entlebuch, in meiner Heimat das Projekt eines UNESCO Biosphärenreservates im Entstehen war. Und für die SPK meldete ich mich, weil mich die Staatspolitik seit meiner Jugend interessiert hat.

In meiner Familie in Romoos, am Napf im Entlebuch, wurde am Familientisch immer politisiert. Von meinen Eltern habe ich mein erstes politisches Staatsverständnis für die Eidgenossenschaft vermittelt bekommen. Und das als kleiner Bub, bevor ich zur Schule ging. Mein Vater war Gemeindeammann und hat im Zweiten Weltkrieg Aktivdienst geleistet. Er hat mir das Bild der wehrhaften und neutralen Schweiz gezeichnet. Meine Mutter – sie ist aufgewachsen in Hergiswil am See – hat mir alle Mythen rings um den Vierwaldstättersee erzählt: Rütli, Hohle Gasse, Schillerstein,



Ruedi Lustenberger

Tellsplatte, Morgarten. Es ist das Bild einer lieblichen und friedlichen Schweiz. Diese Kombination hat sich bei mir eingepreßt und dazu geführt, dass ich mich schon in der Primarschule mehr für Geschichte als für das Zeichnen interessiert habe. Vater und Mutters Bild der Schweiz von 1955 interpretiere ich heute noch in die Aktualität; es ist der Leitfaden, an dem sich mein politisches Handeln orientiert.

In meiner ersten Legislatur in der Staatspolitischen Kommission im Nationalrat bekam ich mit, wie das eidg. Parlamentsrecht revidiert, die Volksrechte erneuert, Föderalismusfragen und Staatsleitungsreformen diskutiert wurden. Dabei lernte ich Kolleginnen und Kollegen kennen, denen das gute Funktionieren der Eidgenossenschaft und ihrer Institutionen auf allen drei föderalen Ebenen nicht nur ein Anliegen war, sondern die sich in der Gesetzgebung dafür auch einsetzten. Nach ein paar Monaten habe ich mich zum ersten Mal getraut, mit Andreas Gross zu streiten. Bei diesem ersten Mal ist es dann nicht geblieben. Geradezu legendär in meiner Erinnerung sind die Kommissionssitzungen unter Hermann Weyeneths Leitung; der liess nichts anbrennen, auch dann nicht,

wenn der zuständige Bundesrat neben ihm den Vornamen Christoph trug. Aufzuzählen gäbe es dazu noch viel, nur noch eine Reminiszenz sei erwähnt: In der Debatte über die bessere Rechtswirkung der Motion war ich Kommissionssprecher und habe mich für die entsprechende Stärkung des Parlamentes stark gemacht. Auch der letzte Versuch von Frau Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz, Montesquieu mit seinem Satz über die (Nicht-)Notwendigkeit des Legifizierens zu zitieren, konnte den Nationalrat nicht umstimmen. In der Ausgestaltung des Parlamentsrechtes und der damit verbundenen Stärkung des Parlamentes und seiner Rechte sind wir uns dann noch mehrmals in den erwähnten Rollen am Rednerpult begegnet.

Ja, und dann wäre auch noch meine Zeit in der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates. Aber davon berichte ich in einem nächsten Editorial. Vorerst freue ich mich nun auf die Tätigkeit als Ihr neuer Präsident. Meinem Vorgänger, Herrn Ständerat Claude Janiak, danke ich herzlich für sein umsichtiges Schaffen an der Spitze der SGP. Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich Freude und Ausdauer in Ihrer Arbeit in den Parlamenten und ihren Diensten.

Ruedi Lustenberger,
a. Nationalrat,
Präsident der SGP, Romoos LU



Verabschiedung des Präsidenten der SGP, Claude Janiak

Claude Janiak ist bereits der vierte Präsident der SGP, den zu verabschieden ich die Ehre habe. Es wird wohl auch langsam Zeit, dass mich jemand in der Funktion als Vizepräsident dieser Gesellschaft ablöst ...

Claude Janiak war für die SGP ein Glücksfall. Seine grosse Erfahrung auf allen drei Parlaments-Ebenen des Staates, nämlich als Einwohnerrat in Binningen, als Landrat im Kanton Basel-Landschaft, als Nationalrat und als Ständerat war ein grosser Gewinn für unsere Gesellschaft. Den Landrat hat Claude Janiak hier in diesem Saal im Amtsjahr 1998/99 präsiert und den Nationalrat präsierte er 2006. Im Jahr 2007 wurde er dann Ständerat und – so quasi als Krönung der politischen Karriere – 2008 Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen.

Eine ganz besondere Eigenschaft zeichnet unseren scheidenden Präsidenten aus: seine ruhige und konziliante Art der Verhandlungsführung war nämlich enorm hilfreich, wenn es dann und wann kleinere und mittlere Krisen zu bewältigen gab, oder wenn sich ab und zu innerhalb des Vorstandes eine etwas spannungsgeladene Stimmung einstellte. Das Talent als umsichtiger Moderator zeichnete ihn schon in den Neunziger Jahren als Präsidenten des Landrats aus, denn der frühere Landeschreiber hat mir versichert, dass kein Präsident und keine Präsidentin den Landrat je so souverän und sicher geführt hätte wie Claude Janiak.

Ich danke Claude Janiak auch in Ihrem Namen und im Namen des bisherigen Vorstandes für die immense und engagierte Arbeit, die er in den letzten sieben Jahren

für die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen geleistet hat, und wünsche ihm persönlich, beruflich und politisch herzlich alles Gute. Und diese Wünsche sowohl kurzfristig – Sie wissen, in vier Wochen sind Ständeratswahlen – als auch mittel- und langfristig. Herzlichen Dank, Claude!

Thomas Dähler,
Leiter Parlamentsdienst Basel-Stadt,
abtretender Vizepräsident der SGP



«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»:

Einleitung in das Thema der Jahresversammlung

Ruth Lüthi
Redaktorin Bulletin «Parlament»

Die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) hat am 18./19. September 2015 in Liestal wiederum eine erfolgreiche Jahresversammlung durchgeführt. Das Hauptthema der diesjährigen Versammlung war der «freien parlamentarischen Rede» gewidmet. Dabei wurde festgestellt, dass es sich durchaus nicht um «ein Relikt aus alter Zeit» handelt. Vielmehr hatte die «freie parlamentarische Rede» im schweizerischen Parlamentarismus immer einen etwas schweren Stand: In den schweizerischen Arbeitsparlamenten spielt die Tätigkeit in Kommissionen häufig eine bedeutendere Rolle als der rhetorisch brillante Schlagabtausch im Plenum. Allerdings wurde auch klar, dass beim Thema nicht die Problematik der Rhetorik im Vordergrund steht: Es geht vielmehr auch um die Frage, wie weit Mitglieder von Parlamenten sich nicht nur als Übermittler von Statements von Interessengruppen verstehen, sondern auch mit Engagement eigene Positionen vertreten.

Zum Thema referierten an der Jahresversammlung ein Wissenschaftler, ein Politiker und eine Medientrainerin:

Roger Blum, em. Professor für Medienwissenschaft, beleuchtete das Thema aus historischer, politologischer und medienwissenschaftlicher Sicht. Er zeigte verschiedene Beispiele von Reden mit nachhaltiger Wirkung. Aus politologischer Sicht

hob er die Spezifika der schweizerischen Arbeitsparlamente hervor, in welchen nicht Vertreter von Regierung und Opposition sich rhetorisch duellieren, sondern wo häufig hinter verschlossenen Türen in den Kommissionen um Lösungen gerungen wird.

Nationalrat Andreas Gross bedauerte, dass der parlamentarische Dialog im Ratsplenum kaum mehr und leider auch in den Kommissionen immer weniger stattfindet. Die Parlamentsmitglieder würden Standpunkte von Interessengruppen vorlesen, statt im Austausch mit anderen nach Lösungen suchen. Die Interessen des Allgemeinwohls gingen dadurch verloren. Er ist der Ansicht, dass umfassende Reformen notwendig wären, welche es den Parlamentsmitgliedern erlauben würden, ihr Mandat unabhängiger auszuüben.

Die Medientrainerin Sibylle Sommerer legte dar, wie mit der freien Rede Standpunkte überzeugender präsentiert werden können, als wenn Statements abgelesen werden. Mit eindrücklichen Zahlen belegte sie die Bedeutung des Auftretens des Redners oder der Rednerin gegenüber dem eigentlichen Inhalt der Rede.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion, an welcher auch Grossrätin Antoinette de Weck aus Fribourg teilnahm, wurden unterschiedliche Standpunkte bezüglich des Reformbedarfs geäussert. Während Andreas Gross institutionelle Reformen für unabdingbar hält, sehen andere den Schlüssel eher im Verhalten der Parlamentsmitglieder. Tatsächlich hängt es vom Selbstverständnis des einzelnen Parlamentsmitglieds ab, ob

es unfiltriert Standpunkte von Interessengruppen in das Parlament tragen will, oder ob es als unabhängiges Parlamentsmitglied nach Abwägung der verschiedenen Interessen pointiert eigene Standpunkte darlegen will. Eine «freie» Rede ist wohl nur im letzteren Fall möglich. «Freie» Rede ist denn auch nicht primär durch das Fehlen von Notizen zu definieren, als vielmehr durch das Vortragen eigener Gedankengänge. Dabei gehört es durchaus zu den Aufgaben von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, sich mit Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Interessen auseinanderzusetzen. Politiker und Politikerinnen werden als Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Interessen in das Parlament gewählt und sollen diese Interessen dort auch darlegen können. Wenn das Parlamentsmitglied jedoch mit den Augen auf dem vom Verbandssekretariat verfassten Manuskript haftet und dessen komplizierte Sätze runterrattert, dann hat nicht nur die freie Rede, sondern der Parlamentarismus verloren.

Wir wünschen Ihnen viel Spass bei der Lektüre der nachfolgend wiedergegebenen Referate, welche an der Jahresversammlung vom 19. September 2015 in Liestal gehalten wurden. Die Referate wurden alle überzeugend in «freier Rede» vorgetragen und für die Publikation in diesem Bulletin transkribiert. ●



Die freie parlamentarische Rede in historischer, politologischer und medienwissenschaftlicher Perspektive¹

Roger Blum
em. Professor für Medienwissenschaft

1. Was ist das Ideal einer Parlamentsrede?

Für mich ist diese Rede hier ein Heimkommen in einen Saal, den ich vor mehr als 50 Jahren als Schüler zum ersten Mal erlebt habe. Ich sass da oben und habe dem Landrat zugeschaut. Später sass ich in der Presseloge und habe als Journalist über den Landrat geschrieben. Dann sass ich vor exakt 50 Jahren genau an diesem Platz, auf dem ich heute sitze, als Mitglied der Exekutive des Jugendparlamentes. Danach war ich Präsident des Jugendparlamentes und später Mitglied des Landrates, da sass ich eben da drüben auf der linken Seite vom Präsidenten aus gesehen.

Heimkommen – aber es geht ja jetzt um die freie parlamentarische Rede. Ich möchte ein kleines Präludium machen. Was ist das Ideal einer Parlamentsrede? Sie sollte natürlich sachkundig sein, aber nicht so, dass kein Mensch versteht, was man eigentlich sagen möchte, also nicht eine Expertenrede, sondern eine verständliche Rede. Sie zielt immer darauf ab, zu überzeugen, zusätzliche Ratsmitglieder zu gewinnen, damit man einem Antrag zustimmt. Sie soll also die Ratsmitglieder auf die eigene Seite

ziehen. Sie sollte rhetorisch brillant sein, sie kann witzig sein, sie kann auch emotional sein, sie kann persönlich sein, und gute Redner gehen auch auf Vorredner ein, sie haben zugehört, was vorher gesagt worden ist. Sie sind nicht draussen gewesen und kommen dann nur für die Rede in den Saal. Und gute Redner lassen auch Raum für Spontanes.

Und nun das Wichtige. Man sagt immer: Parlamentarier sollen nicht zum Fenster hinaus reden. Ja doch, sie sollen auch zum Fenster hinaus reden, deshalb haben diese Säle Fenster. Die parlamentarische Rede richtet sich immer zugleich an die Parlamentskollegen und an die Öffentlichkeit, denn das Parlament ist ein öffentliches Forum und die Parlamentarier haben die Aufgabe, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzugeben, darüber, was sie tun, was sie beschliessen, und die Argumente für die Öffentlichkeit klarzulegen. Sei es direkt an die Tribüne, sei es via Medien an die Bevölkerung.

Ich habe recherchiert und mal geschaut, wo überall vorgeschrieben wird, dass die parlamentarische Rede frei sein soll: in Italien nicht, in Frankreich nicht, in Grossbritannien nicht, nur der Deutsche Bundestag schreibt vor, dass die Redner grundsätzlich in freiem Vortrag sprechen sollen, wobei sie hierfür Aufzeichnungen benützen können. Es mag sein, dass es mit der deutschen Gründlichkeit zu tun hat, dass sie die Einzigen sind, die es vorschreiben. Bei den anderen ist es wahrscheinlich selbstverständlich. In lateinischen Ländern gilt die Brillanz der Rede, die freie Rede mehr als

¹ Transkription der Aufnahme des Referates gehalten anlässlich der Jahresversammlung der SGP vom 19. September 2015 in Liestal.

in germanischen Ländern. Aber wenn man dann genauer hinschaut, sieht man, dass auch Redner in der Assemblée Nationale oder in der Camera dei Deputati Notizen benutzen.

Wenn ich so zurückblicke, gab es in der Schweiz nicht sehr viele wirklich freie Redner, Parlamentarier, die immer frei gesprochen haben. Mir kamen Roger Bonvin in den Sinn, der spätere Bundesrat, und Ernst Mühleman, die haben immer frei und ohne Notizen geredet. Natürlich haben auch Helmut Hubacher und Christoph Blocher in ihren Duellen jeweils frei geredet, aber diese Duelle waren meistens parteipolitische Zuspitzungen, keine eigentlichen thematischen Reden, bei denen es darum ging, einen Gesetzesentwurf zu klären, sondern verbale Austausch, die mehr parteipolitische Art waren und weniger Reden zu einem Gesetz.

Meine These ist: Es kommt nicht hauptsächlich darauf an, ob die Parlamentsrede frei gehalten wird, es kommt vor allem darauf an, ob sie bewegt, aufrüttelt, überzeugt und ob sie eindringlich ist und dadurch in Erinnerung bleibt.

2. Ein historischer Blick auf Parlamentsreden

Ich möchte zuerst einen historischen Blick auf Parlamentsreden werfen. Wenn man auf die wichtigen Reden in der Geschichte guckt, dann sind viele dieser Reden gar keine Parlamentsreden. Es sind zum Beispiel Reden an historischen Stätten: Lincoln mit der Gettysburg Address, als er gewissermassen die Sklaverei abgeschafft hat, Guisan mit dem Rapport 1940 auf dem Rütli, Milosevic 1989 auf dem Amsfeld. Es waren Reden vor der Bevölkerung oder Reden an Parteitag. Die berühmte Geheimrede von Nikita Chruschtschow am 20. Parteitag der KPdSU 1956, als er die

Verbrechen Stalins enthüllte. Oder Reden an grossen Volksversammlungen: Gamal Abdel Nasser, 1956, als er den Suezkanal verstaatlichte und vor einer riesen Volksversammlung in Kairo sprach oder Kennedys Rede 1963 vor dem Schönenberger Rathaus in Berlin mit dem Gipfelsatz: «Ich bin ein Berliner.» Und dann viele Reden am Radio, vor allem zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, als das Radio das massgebliche Medium war: Churchill, de Gaulle, Roosevelt mit seinen Kaminfeuergesprächen oder die berühmte Anpassungsrede von Pilet-Golaz 1940, die Etter auf dem Deutschschweizer Kanal und Enrico Celio auf dem Kanal der italienischen Schweiz gehalten haben. Oder Reden im Fernsehen: De Gaulle hat über Fernsehreden Putsche in Algerien beendet, oder Mitterrand hat 1992 im Fernsehen grosse Reden zu den Maastricht-Verträgen gehalten.

Es gibt aber auch berühmte Parlamentsreden. Die vier Reden gegen Catilina von Cicero im römischen Senat 63 vor Christi waren ganz wichtige Reden, und hier kommt wahrscheinlich etwas zum Vorschein, das wir nicht mehr kennen: Die Mnemotechnik. Die Leute haben in der Antike, aber auch noch im Mittelalter, Methoden gekannt, wie man längere Texte memoriert. Cicero hat möglicherweise zum Teil spontan gesprochen, aber er hat die Reden im Nachhinein aus der Erinnerung aufgeschrieben, denn sie sind uns im Wortlaut erhalten. Und er hat die Reden oder Teile davon wahrscheinlich auch schon im Voraus vorbereitet und sie dann auswendig gelernt.

Mirabeau war ein ganz grosser Redner in der Nationalversammlung von 1789. Er war vor allem in der ersten Phase der Französischen Revolution massgeblich dafür verantwortlich, dass eine Verfassung entstand, dass die konstitutionelle Monarchie durchgesetzt wurde. Robespierre hat schon als junger Abgeordneter im Konvent von

1792 an ganz grosse Reden gehalten, bevor er den Terror eingeführt hat.

Disraeli war ein brillanter Redner im Unterhaus in den 1860er Jahren, er verachtete die Iren und wurde selber angefeindet, weil er jüdische Vorfahren hatte. Er war als Premierminister sehr erfolgreich, weil er ein grosses Charisma hatte. Auch Bismarck war ein grosser Redner, obwohl er eine ganz leise Stimme hatte und obwohl er sich im Reichstag, der noch keine Lautsprecher kannte, nur durchsetzen konnte, weil die Reichstagsabgeordneten wegen seiner Persönlichkeit jeweils nach vorne drangen, ihn umringten, um ihn zu verstehen. Der amerikanische Präsident Wilson war ein sehr guter Redner, allerdings war er mit seinem grössten Projekt, dem Völkerbund, in seinem eigenen Land nicht erfolgreich. Oder Hitler: Er war eigentlich, wenn man es genau nimmt, nicht so ein guter Redner, aber durch seine Art zu sprechen, durch dieses Bellende, dieses Schreiende, dieses Zuspitzende, dieses Verächtliche, war er letztlich doch ein grosser Redner. Am 1. September 1939 sprach er im Reichstag zum Kriegsbeginn gegen Polen: «Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen.»

Willi Brandt hat 1969 eine brillante Regierungserklärung gehalten – mit dem Schlüsselsatz: «Wir wollen mehr Demokratie wagen.» Der ägyptische Präsident Sadat hat 1977 eine ganz bewegende Rede gehalten, als er in Jerusalem vor der Knesset sprach. Nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 ist er vier Jahre später nach Israel gereist, um gewissermassen Versöhnung anzubieten. Zwischenfazit: Viele bewegende Parlamentsreden sind geprägt durch den einmaligen Moment – Momente wie Revolutionen, Kriegsbeginne oder überhaupt Reden während eines Krieges, es sind Reden, die mit einem Regierungswechsel zu tun haben, oder es sind Reden, die mit Affären zu tun haben. In der Schweiz erinnere ich

mich zum Beispiel an Reden, die ich nicht vergesse – es sind manchmal auch nur Ausschnitte aus Reden –, zum Beispiel Andreas Gerwig 1964 in Basel im Grossen Rat, als es eine Bürgerspitalkrise gab und er eine anklägerische Rede hielt gegen den eigenen Baudirektor und gegen den freisinnigen Sanitätsdirektor, die aber beide trotzdem im Amt blieben. Oder Josy Meier, die 1991 in dieser Jubiläumssitzung zum Frauenstimmrecht gesagt hat: «Jawohl, die Frau gehört ins Haus – ins Gemeindehaus, ins Rathaus, ins Bundeshaus!» Oder Judith Stamm, die 1993 in der erregten Debatte zwischen der Nichtwahl von Christiane Brunner und der Wahl von Ruth Dreifuss, als eine grosse Menge vor dem Bundeshaus für die Wahl einer Frau demonstrierte, gesagt hat: «Das da draussen, das ist nicht die Strasse, das ist der Souverän!»

3. Ein politologischer Blick auf Parlamentsreden

Ich möchte nun nach dem historischen Rückblick einen politologischen Blick auf Parlamentsreden werfen. Hier können wir unterscheiden zwischen dem sogenannten Redeparlament und dem sogenannten Arbeitsparlament. Es war vor allem Winfried Steffani, der unterschieden hat zwischen Redeparlament und Arbeitsparlament. Das Redeparlament ist jenes Parlament, in dem sehr viel im Plenum passiert, wo das Plenum das Entscheidende ist, wo das Plenum die öffentliche Bühne ist für den Austausch der Argumente und wo die Kommissionen und die Ausschüsse eine relativ bescheidene Rolle spielen – Prototyp: Britisches Unterhaus. Das Arbeitsparlament ist jenes Parlament, wo die Ausschüsse mächtig sind, wo sie wichtig sind, wo sie sehr genau vorbereiten, was dann im Plenum schliesslich abgehandelt und entschieden wird – Prototyp: Amerikanischer Kongress. In der

Schweiz kennt man eher das Arbeitsparlament. Der Basler Grosse Rat war früher eher ein Redeparlament, inzwischen ist er auch ein Arbeitsparlament geworden, früher hat man immer zuerst im Plenum debattiert und entschieden, ob überhaupt eine Kommission eingesetzt werden soll.

In den mehr parlamentarischen, repräsentativen Demokratien mit Konkurrenzmodell, also mit Mehrheitsregierung oder einer Koalitionsregierung wie Grossbritannien, Deutschland, Italien, Österreich, ein Stück weit auch Frankreich – also eigentlich bei allen unseren Nachbarn –, ist das Parlament eher ein Redeparlament. Und da ist es so, dass man im Grunde genommen gar nicht mit Anträgen noch Leute überzeugen kann. Die Mehrheit steht fest. Die Fraktionen stimmen in der Regel geschlossen. Wenn die Regierungskoalition in Deutschland einen Antrag einbringt, ist es eigentlich klar, dass der durchgeht, und normalerweise stimmen alle Mitglieder der Regierungskoalition für diesen Antrag. Die Minderheit kann also zwar noch laut geben, sie kann dagegen anreden, aber sie kann im Grunde genommen im Parlament selber kaum mehr etwas bewegen, ausser, es geht um Gewissensfragen oder um Themen, bei denen die Stimmen freigegeben werden, wo die Fraktionssekretäre nicht als Einpeitscher wirken, zum Beispiel in Grossbritannien bei der Fuchsjagd oder in Deutschland bei Fragen wie Verjährung der Naziverbrechen. Es geht letztlich darum: Wer hat die bessere Wirkung gegenüber der Öffentlichkeit?

Im Arbeitsparlament ist es dann eher anders. Das sind eben dann präsidentielle Demokratien mit Konkurrenzmodell wie die USA oder kollegiale, direkte Demokratien mit Konkordanzmodell wie die Schweiz. Da sind Plenardebatten oft eine Art Vergrösserung der Kommissionssitzung, weil ja letztlich alle Anträge nochmals gestellt

werden können und weil über Einzelanträge entschieden werden muss, und da wird sachbezogen entschieden und da ist es ja immer auch möglich, dass Fraktionen zwar in der Hauptsache für bestimmte Anträge sind, aber in Einzelfragen dann die Mitglieder durchaus frei sind, so oder anders zu entscheiden.

Mein Zwischenfazit: Je nach politischem System richtet sich die parlamentarische Rede mehr an die Ratskollegen, um noch zusätzliche Stimmen zu gewinnen, oder an die Öffentlichkeit, weil im Rat gar keine Stimmen zu gewinnen sind. In beiden Modellen jedoch gibt es immer auch grosse parlamentarische Reden, wenn es um Gewissensentscheide geht oder wenn leidvolle, persönliche Erfahrungen vorgetragen werden.

4. Ein medienwissenschaftlicher Blick auf Parlamentsreden

Mein letzter Blick ist ein medienwissenschaftlicher Blick auf die Parlamentsreden. Das Parlament ist heute stärker direkt sichtbar als früher. Früher war es ja so, dass es gar nicht denkbar war, dass das Volk ständig direkt dem Parlament zuschauen konnte. Es hätte ja geheissen, dass die Schweizerinnen und Schweizer erstens während der Parlamentssessionen in Bern immer alle frei nehmen und nach Bern gehen und auf die Tribüne drängen, und es hätte auch geheissen, dass die Bühne viel grösser hätte sein müssen. Die Bevölkerung schaut dem Parlament von der Tribüne aus nur sehr punktuell und fragmentarisch zu. Heute gibt es die Möglichkeit, vor allem über das Internet die Parlamente direkt zu beobachten, die Sitzungen zu verfolgen. In der Schweiz ist vor allem das eidgenössische Parlament up to date und dann die Kantone der Suisse Romande und natürlich

die beiden Basel – das sind ja die deutsch-sprechenden Romands, wie wir gestern gehört haben – und über Audio auch Appenzell Innerrhoden und dann noch Solothurn. Gleichzeitig stellen wir fest, dass sich die klassischen Medien aus den Plena der Parlamente zurückziehen. Viele Journalistinnen und Journalisten sitzen nicht mehr auf der Parlamentstribüne, sondern in ihren Büros vor dem Fernseher und schauen sich die Debatten dort an. Sie sehen dann nicht, welche Interaktionen sich im Ratssaal sonst noch abspielen. Sie sehen nur noch die Redner und schreiben danach ihre Berichte. Diese Berichte sind dann relativ fad, weil es immer nur die offiziellen Reden sind, auf die sie sich abstützen. Es gibt aber auch den Rückzug in die Wandelhalle, indem dort die Redner gebeten werden, ihre Argumente zu wiederholen, zusammenzufassen, kürzer zu formulieren, auf den Punkt zu bringen, vor allem für das Fernsehen. Wenn also jemand im Plenum direkt die Medien für sich einnehmen will, muss er etwas inszenieren – manchmal auch unfreiwillig, wie Bundesrat Merz mit dem Bündnerfleisch. Aber es gibt eben auch die vorbereiteten Inszenierungen. Moritz Leuenberger kam einmal als Nationalrat mit einem Lottozettel, um das Abstimmungsverfahren bei Initiativen und Gegenvorschlag, als es noch nicht das doppelte Ja gab, zu erklären, oder Pfarrer Sieber kam einmal mit einem grossen Holzkreuz. Dies kommt dann sofort automatisch in den Medien. Die werden gefilmt, dieser Ausschnitt kommt in der Tagesschau. Kürzlich machte auch die Wutrede des deutschen FDP-Vorsitzenden Christian Lindner im nordrheinwestfälischen Landtag als Antwort auf einen anderen Redner Furore.

Die Reden werden von den Medien aufgenommen, je emotionaler, je bewegender, je visualisierter oder je aggressiver sie sind –

witzige Reden geraten sofort in die Social Media, und Parlamentarier nutzen die Social Media natürlich auch selber, um ihre Reden in Wortlaut zu verbreiten, oft auch als Video. Feststellbar ist, dass sehr persönliche Reden immer Eindruck machen – zum Beispiel als im Deutschen Bundestag verschiedene Redner aus allen Fraktionen über die eigenen Naziväter berichtet haben oder als Chantal Galladé über den Sturmgewehr-Suizid ihres Vaters berichtete. Es kommt also darauf an, wenn Rednerinnen und Redner in den Medien erscheinen wollen, wenn sie mit ihrem eigenen Beitrag Medienöffentlichkeit schaffen wollen, dass sie auch Emotionen reinbringen.

Fazit: Entscheidend ist nicht, ob eine Rede frei gehalten wird, sondern ob sie bewegt und erregt. Und in der Mediengesellschaft müssen Parlamentsreden immer eine doppelte Funktion erfüllen – und das ist das Schwierige daran –, sie sollten kompetent-überzeugend sein, um die Kollegen zu gewinnen, und emotional-visualisiert, um in die Medien zu gelangen. ●



Le point de vue d'un député de l'Assemblée fédérale¹

Andreas Gross
Ancien membre du Conseil national

1. Le discours libre : les difficultés spéciales au Conseil national

Quand M. Martin Graf, secrétaire des commissions des institutions politiques des Chambres fédérales, m'a demandé de parler en français, ce n'était pas parce que je suis parfaitement bilingue – vous entendez de suite toutes les fautes que fais en permanence. C'est seulement qu'il a eu honte ou qu'il était trop modeste de demander à un Romand de se déplacer à Liestal pendant les élections. Il ne voulait pas que le parti socialiste, par exemple, ne perde des voix aux élections en détachant à Liestal quelqu'un dont la présence était nécessaire dans le canton du Jura, à Neuchâtel ou à Lausanne. J'espère que je ne vais pas vous décevoir, mais il en est ainsi des grandes choses: elles ont toujours des raisons très profanes.

J'ai beaucoup aimé à être invité à parler sur le discours dit libre, sur le parler libre, pas seulement pour parler vrai. Ceci était un de mes autres grands slogans! J'ai pensé d'abord que cela allait être un discours plein d'humour et plein de plaisanteries, mais vous allez voir que, en approfondissant la réflexion, j'ai trouvé quelque chose que j'estime plus alarmant que ceux qui ont déjà fait allusion à cela. Vous verrez cela.

La réflexion sur la manière dont on parle dans le Parlement – et je me concentre surtout sur le Conseil national – parce que comme M. Janiak y a déjà fait référence, naturellement, le Ständerat, c'est tout autre chose. Ils sont beaucoup plus «sages», ils sont beaucoup plus réfléchis, ils sont beaucoup plus «mieux». Alors parlons seulement du Conseil national, des députés qui devraient représenter le peuple. Le Ständerat représente aussi le peuple mais d'une autre façon. Il y a beaucoup plus de liberté dans le Ständerat. Par exemple, on peut rester assis, c'est pourquoi il n'est pas nécessaire de monter à la tribune mais on n'a pas de restriction du temps de parole. C'est peut-être aussi une des raisons pour lesquelles on sous-estime les conséquences sur la façon sur ce qui est dit ou pas au Conseil national. Les restrictions sont beaucoup moins importantes. Il faut savoir que le Conseil national n'est pas le pire parce que dans le Conseil de l'Europe, là, il ne faut parler que deux, trois minutes. Mais au Conseil national aussi, il y a un combat énorme entre les groupes. Est-ce qu'on peut parler cinq minutes, quatre minutes, six minutes? C'est peut-être une des réflexions parallèles qu'il faut aussi mener sur la façon d'organiser les débats. Il y a plus de spontanéité au *Gemeinderat*, le Parlement communal zurichois, il y a beaucoup plus de spontanéité, aussi au Grand Conseil. Dans presque tous les Grands Conseils que je connais, on peut demander spontanément la parole et on la reçoit. Au Conseil national, il faut se présenter des jours, des semaines à l'avance pour deux, trois minutes de temps de parole. On n'en a pas encore analysé les conséquences.

¹ Transcription de l'enregistrement du discours lors de l'Assemblée générale annuelle de la SSP le 19 septembre 2015 à Liestal.

2. Le discours libre c'est parler avec les gens

Mais, vous savez qu'au Conseil national il y a énormément de bruit, énormément d'échanges de mots mais on y parle très peu; on lit plutôt. Là, M. Janiak l'a très joliment dit: «Reden ist silber – ablesen ist Gold.» En français, il n'y a même pas une différence en fait entre «reden» et «sprechen». En allemand, on peut dire: «Es wird viel gesprochen, aber wenig geredet.» En français, on ne peut pas faire cette différence. Il est vrai que, avec mon grand voisin – longtemps mon voisin – Hans Zbinden, j'ai vécu une compétition permanente pour savoir qui savait aller parler à la tribune librement. Cela ne veut pas dire sans notes, sans mots-clés. Je pense que la définition du discours libre, ce n'est pas de parler sans note mais de formuler les phrases en parlant avec les gens. C'est ça, la définition. Il s'agit aussi d'être ouvert, d'être capable d'intégrer les réflexions, les pensées, les réponses des autres qui viennent de parler. Il y a une différence entre la définition de Roger et la mienne. C'est vrai que M. Mühleman n'avait presque jamais de notes – il avait aussi des notes – mais il était dans la tradition de Cicéron, puisqu'il m'a dit une fois qu'il avait essayé de toujours apprendre par cœur ses contributions, ses discours. Cet effort, aujourd'hui, presque personne ne le fait.

Maintenant, il faut penser pourquoi nous avons eu cette compétition. Hans a beaucoup plus gagné parce qu'il était vraiment aussi capable de donner des réflexions, de discourir quand il était rapporteur pour la commission. C'est très difficile parce, là, il faut résumer les pensées des autres, il faut respecter la minorité. Si on parle librement, comme rapporteur de la commission, les exigences sont encore plus élevées. Il est

vrai qu'il a gagné plus de nos compétitions. Mais pourquoi avons-nous eu cette motivation? Pourquoi avons-nous pensé qu'il fallait faire cet effort? Parce que ça, c'est vraiment évident: si vous parlez librement, c'est la seule façon de faire pour que les gens du Conseil national arrêtent de regarder leurs ordinateurs. Aujourd'hui, on lit moins de journaux. Il y en a encore mais la majorité regardent dans leurs ordinateurs. Il faut les inviter à lever les yeux de leur écran pour vous regarder et peut-être aussi pour vous écouter.

3. Avec un discours on ne peut plus rien changer

Une deuxième grande motivation, c'est qu'il faut encore avoir l'espoir qu'on peut influencer le vote, la conséquence du débat, c'est-à-dire qu'on espère encore que quelqu'un va modifier sa position parce qu'il a entendu des arguments nouveaux et qu'il va les intégrer dans sa réflexion et dans les conclusions de son débat.

Il ne faut pas oublier qu'il y a encore eu récemment une petite indication que ces motivations normativement, nous n'étions pas les seuls qui partageaient le respect ou la pensée de la valeur du parler librement – parce que vous avez entendu récemment un petit sondage où les parlementaires du Conseil national ont évalué la qualité oratrice des collègues. Celui qui est sorti en premier, M. Vischer des Verts zurichois. Il est l'un des rares qui parle aussi presque toujours librement. Si vous regardez la liste des vingt premiers, parmi ces vingt, il y en a six qui parlent plus ou moins librement – avec des notes, mais ils forment les phrases en parlant. C'est-à-dire que normativement, les collègues qui partagent cette ambition ou cette idée que ceux qui parlent librement, ils parlent mieux, sont mieux écoutés, on aime les écouter.

Cependant, cet effort devient beaucoup plus rare. Au Conseil national, c'est très rare que quelqu'un parle librement même avec des notes. La grande majorité lit les textes. Notre parlement est devenu un legs. En allemand, là encore, cela passe beaucoup mieux, car je peux dire: «Unser Parlament ist ein Legement geworden.» Das hat nichts mit einer Eierfarm oder mit Legehennen zu tun, sondern mit einem Parlament, in dem eigentlich nicht mehr geredet, sondern vorgelesen wird.

Si on fait des lectures, si on se réfère au papier qu'on a déjà fait avant, tous les échanges sont éliminés, toutes les références aux autres qui viennent de s'exprimer ou à ceux qui vont encore parler, parce que des fois on peut anticiper ce qu'ils diront, elles sont perdues. Là, il y a une perte de rationalité. En effet, une des grandes idées du parlement dans l'histoire, c'était que les débats, les réflexions des différents côtés, vont évaluer la rationalité de la proposition en débattant, en ayant une vision large, en se combattant oralement. Là, une question doit se poser, cette perte du combat oral influence-t-elle aussi la qualité du résultat? Il y a des raisons beaucoup plus profondes auxquelles Roger a déjà fait allusion. Mais, comme je l'ai dit, je vois cela beaucoup plus dramatiquement que lui – je pense qu'on va encore échanger après – parce que la perte de la motivation et la perte du sens de l'effort – parce que c'est un grand effort, cela demande beaucoup plus d'énergie pour parler librement, de réfléchir et de formuler des phrases en parlant. C'est que j'ai l'impression que les collègues savent, ils en ont fait l'expérience, qu'au plénum on ne peut plus rien changer. Au plénum, avec un discours, on ne peut plus rien changer au résultat du vote. Les gens savent, après les commissions ou après les séances de groupes, comment ils vont voter. Durant les trois à quatre heures de débats, ils n'ont aucune chance d'influencer le résultat.

4. Personne ne nous écoute

Comme Roger l'a dit, c'est vrai qu'en son temps quand il était encore ici, on a aussi parlé; c'est aussi une fonction du parlement. A cause de cela, il est vrai que *zum Fenster hinaus reden*, ce n'est pas négatif, parce qu'il faut s'adresser aux gens de qui ont reçu le vote, qu'on représente. Mais le problème, c'est aussi que parmi les représentants de la presse, personne ne nous écoute. Il n'y a presque plus un seul journal qui fasse des comptes rendus et des analyses de débats. Cela signifie que vous pouvez parler d'une manière fantastique, d'une manière passionnante, vous n'allez pas trouver un écho au plénum. Peut-être vous écoute-t-on si c'est vraiment passionnant mais on vous écoute sans fondement, immunisé contre l'essence de votre discours. Personne parmi les journalistes ne vous entend parce que, même si la question était intéressante, ils ont fait leurs articles avant le débat, peut-être pour le jour du débat. Mais après le débat, il n'y a pas d'article sur le sujet. Alors les deux raisons d'être n'existent plus pour être motivé de faire cet effort.

Der Herr Landtagspräsident hat gesagt: «Es gilt, Unentschlossene zu überzeugen.» Ich aber sage Euch: Es gibt gar keine Unentschlossenen mehr. Und was das Sprachrohr angeht, mit dem man die Bürger erreichen will: Ja wenn Sie keine Medien mehr haben, die Ihre Nachricht nach aussen tragen, wenn dieser Zwischenschritt nicht mehr stimmt, dann können Sie noch so gut reden – Sie werden auch ausserhalb des Ratssaals nicht mehr gehört.

Ceux qui consultent le site web du Parlement sont au courant. Mais la science n'a pas encore vraiment réussi à estimer le pourcentage des citoyens qui ont le temps de nous écouter directement. Je crains que c'est mince. Cela ne va jamais compenser les articles que Roger Blum a écrits dans

le Tages-Anzeiger dans les années 1980. Comme M. Janiak l’a dit – et je le pense – M. Blum n’est pas seulement professeur, mais il a également été parlementaire démocrate radical dans le meilleur sens du terme. Mon père était aussi radical. Il a toujours dit: «Je suis radical de Bâle-Campagne mais jamais zurichois.» Il était l’incarnation de ces radicalités du *Baselbiet*. Mais quand il était rédacteur du Tages-Anzeiger, il a vraiment fait des articles sur les débats parlementaires d’une manière passionnante. Ses articles étaient presque aussi bien que ceux du Tages-Anzeiger sur le foot. J’ai toujours pensé que si les articles du Tages-Anzeiger sur la politique intérieure étaient aussi passionnants que les articles sur le foot, la participation des électeurs, des citoyens aux élections serait beaucoup plus élevée. Mais après, Roger Blum est parti pour la science. Des générations de journalistes ont essayé de le copier, mais on leur permet de moins en moins de le faire. Ils nous disent – et je l’ai entendu, parce je leur ai posé la question –: «Ah, mon chef a dit que personne ne s’intéresse aux débats parlementaires. Je n’ai plus le droit d’écrire, parce que les gens ne s’y intéressent pas.» Alors si personne n’écrit, on ne peut pas intéresser le public. Si les citoyens n’ont pas l’opportunité de constater que se tiennent vraiment des débats passionnants au Parlement, il ne faut pas être étonné qu’ensuite vous ne trouviez plus de gens qui attendent ça. On ne sait pas que c’est possible de décrire un débat parlementaire d’une manière passionnante. Je pense qu’il y a dans ce sens aussi une crise de représentativité. On ne peut plus représenter le citoyen en Suisse aujourd’hui parce que le citoyen n’a pas beaucoup de chances d’avoir quelqu’un qui le représente d’une telle manière pour faire les conclusions ensuite. Ça, c’est une des conséquences de cette réflexion. Je pense que c’est assez grave, parce que cela remet

en question le côté représentatif de notre Parlement. Ça contribue aussi à la traditionnelle dépréciation de l’institution parlementaire en Suisse, parce que les Suisses ont fait l’erreur de penser que la démocratie directe et la démocratie indirecte sont une contradiction. Non, c’est une complémentarité. Le paradoxe est peut-être que la démocratie directe a besoin d’un parlement fort. Si le parlement est faible, cela ne veut pas dire que la démocratie directe est forte. Si la démocratie directe est forte, elle a besoin aussi d’un parlement fort. Cette nécessité d’avoir aussi la représentativité qui fonctionne, aujourd’hui, elle est énormément remise en question.

5. Dans les commissions aussi, on parle de moins en moins

La deuxième chose qui me paraît vraiment grave, c’est si les commissions décident tout. L’argument auquel Roger a fait un peu allusion – et on voit ça aussi dans la littérature – c’est que le Parlement suisse est souvent vu, surtout le Conseil national, comme parlement de travail, comme *Arbeitsparlament* par opposition au *Redeparlament*. Je ne pense pas que c’est une excuse parce que je connais aussi les commissions. Dans les commissions aussi, on parle de moins en moins et on lit beaucoup plus. Pas encore autant qu’au plénum, mais il y a tout de même un nombre croissant de gens qui lisent même leur contribution en commission. Et aussi, en commission, on a l’impression que les positions sont déjà fixées et qu’on n’entend plus l’autre, que la vérité de l’autre pourrait constituer sa propre vision de la vérité, qu’on cherche ensemble en débattant ce qui pourrait être l’intérêt général. Ça, c’est la deuxième chose, à côté de la représentativité, qui ne peut plus être réalisée. J’ai l’impression – et ça, le chef du gouvernement y a déjà fait allusion – que

l'influence des groupes d'intérêt dans les commissions est devenue énorme. En effet, nos parlementaires n'ont souvent pas la capacité et le temps de réfléchir eux-mêmes à une position si ce n'est avec les copains du groupe, mais ils viennent avec une position déjà établie par les groupes d'intérêt qu'ils représentent. Ils ne les remettent pas en question. Ils savent déjà avant la commission qu'il faut suivre cette voie et ne se laissent pas inquiéter par aucun argument des autres. Ça, c'est grave. C'est assez grave aussi parce que, dans la littérature scientifique, vous voyez que notre Parlement a besoin d'une certaine manière de s'émanciper de l'exécutif, du niveau pré-parlementaire, parce que jusqu'il y a vingt ou trente ans, beaucoup de gens ont dit que le niveau pré-parlementaire était très important. Là, on prend déjà beaucoup de décisions avant qu'il y ait un parlement. Ce niveau devient plus faible. Le niveau parlementaire est devenu plus fort mais les groupes d'intérêt, qui ont perdu leur influence sur le niveau pré-parlementaire, ont retrouvé leur influence auprès des commissions. Ensuite, cette influence demeure et n'est pas remise en question par le travail de la commission, ni par le travail du parlement. Dans ce sens, je trouve que ces deux constats du manque de possibilités de trouver encore des indécis à influencer par de bons discours, de bons arguments, le résultat montre des déficits profonds qui sont vraiment une invitation à réfléchir, parce que ça met en danger le fonctionnement du Parlement, surtout dans une démocratie directe.

En effet, dans une démocratie directe, le Parlement devrait aussi préparer la réflexion pour animer les citoyens; eux aussi sont entrés dans cette réflexion avant qu'ils ne votent dans une votation publique. Mais, si le contact n'existe plus, s'il n'y a pas une vraie réflexion en plénum qui pourrait être animatrice pour les citoyens, il y a une autre

contribution que des citoyens se détournent de la politique. S'ils participent aux votations, ils reproduisent aussi les slogans et les opinions de ceux qui sont les plus écoutés, mais pas de ceux qui sont peut-être les plus intéressants, les plus vrais, mais ça c'est une chose à laquelle il faut réfléchir.

6. L'exemple du Parlement de Weimar

Pour conclure, après avoir développé cette réflexion, j'ai commencé à chercher dans la littérature ce que les autres en pensaient. Pour ne pas être trop influencé dans ma réflexion, je me suis attaché à ce problème par un autre côté. J'ai vu que dans la république de Weimar, c'était aussi un parlement où l'on interdisait de parler avec nos papiers. Alors, dans ce sens, le Bundestag est le successeur de Weimar. Mais, un historien a trouvé que dans l'histoire de Weimar, seulement une fois le plénum a changé la décision d'une commission. C'était sur l'imposition de l'eau minérale.

Le constat que je viens de faire pour la Suisse existait aussi au Weimar, mais Weimar n'avait pas une bonne référence ou un bon parlement. J'espère que la Suisse ne va pas avoir le même destin que Weimar. Mais le fait de voir à Weimar ce que j'ai pensé vivre récemment en Suisse ne devrait pas nous rendre plus trop confortables, parce que je pense que l'analyse est trop grave pour rester dans la zone de confort.

Pour finir sur une note un peu plus heureuse, vous savez qu'il y a une définition du politicien assez déplaisante: les politiciens sont ceux qui doivent savoir d'abord écouter ce qu'ils disent avant ce qu'ils savent ce qu'ils pensent. Alors il faut croire que tout a changé et il faut d'abord écouter ce qu'ils disent avant qu'ils savent ce qu'ils pensent. Mais ça non plus, ce n'est pas très consolant. ●



Wie trainiere ich für die «freie Rede»?¹

Sibylle Sommerer
Medientrainerin

1. Ein Experiment

Sie haben es gehört: Ich bin Medientrainerin und ich habe bereits das erste Problem: Herr Janiak hat nämlich vorher von Schafen gesprochen und das hätte eigentlich mein Aufhänger sein sollen. Ich spreche aber nicht von Schafen heute, sondern eher von «Schaf», dazu aber mehr am Schluss meines Referates.

Ich habe eine kleine Interaktion geplant und ich freue mich, wenn Sie sich darauf einlassen und mitmachen. Also, wenn Sie selber tun und erfahren. Schnappen Sie sich nun Ihren Sitznachbarn oder Ihre Sitznachbarin, wenden Sie sich gegenseitig zu und die eine Person fängt an zu erzählen: Wie sind Sie heute Morgen aufgestanden, wie sind Sie hierhergekommen, was, wo und wie Sie gefrühstückt haben und was Sie alles so gemacht haben, bis Sie hier in diesem Saal angekommen sind. Sie tun dabei so, als würden Sie dies von einem fiktiven Blatt ablesen, welches Sie bei sich auf dem Schoß liegen haben. Das heisst: keinen Augenkontakt. Sie lesen Ihre kurze Rede von diesem fiktiven Blatt ab. Versuchen Sie das mal.

[Reges Gespräch, das nach einer Weile unterbrochen wird: Und stopp!]

Dies war Teil 1 des Experimentes und jetzt machen wir Teil 2. Sie erzählen das Gleiche noch einmal. Nur haben Sie jetzt ein Ziel dabei: Sie möchten Ihr Gegenüber nämlich

davon überzeugen, dass dieser Start in den Tag genau das Richtige ist *[Gelächter]*. Sie möchten Ihre Gesprächspartnerin oder Ihren Gesprächspartner überzeugen, genau einen solchen tollen Start in den Tag auch einmal auszuprobieren. Das heisst: Sie kämpfen mit allen Mitteln, die Sie haben, um Ihren Gesprächspartner zu überzeugen. Viel Spaß!

[Reges Gespräch unter den Zuhörenden.]

2. Wir wirken immer

Warum dieses Experiment? Wir können nicht *nicht* wirken! Wir wirken immer, egal was wir tun, egal, wo wir sind, egal, worüber wir sprechen. Wir haben gesehen: zwei Mal der gleiche Inhalt, jedoch auf eine je unterschiedliche Art. Ich frage Sie nun, als Erzählerinnen und Erzähler: Bei welchem Durchgang hatten Sie mehr Spaß? Bei welchem Durchgang waren Sie mehr mit den Emotionen dabei? Und Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer: Wo haben Sie sich mehr wertgeschätzt gefühlt? Bei welchem Durchgang haben Sie sich angesprochener gefühlt? Und von welchem Durchgang haben Sie mehr Inhalt mitgenommen? Ich stelle die Behauptung auf, dass die Antwort überall auf den zweiten Durchgang fällt, denn dort haben Sie sich angeschaut, Sie haben mit Ihrem Körper gearbeitet. Sie haben nicht nur mit Worten kommuniziert, sondern mit Ihrer ganzen Person.

Wir können nicht *nicht* wirken. Wir wirken immer, egal, was wir tun und wo wir sind. Und gerade heute, wenn ich so ein Referat halte, fragt sich: wo fängt diese Wirkung an? Für mich im vorliegenden Fall ganz klar heute Morgen um viertel vor neun beim Kaffee. Vielleicht haben Sie mich da schon gesehen und sich gefragt: «Wär esch denn

¹ Transkription der Aufnahme des Referates gehalten anlässlich der Jahresversammlung der SGP vom 19. September 2015 in Liestal.

das?» Dort ist der erste Eindruck passiert und dort haben Sie sich ein Urteil über mich gebildet. In diesem Moment haben Sie sich vielleicht auch entschieden, ob Sie Lust haben werden, mir zuzuhören oder nicht und wie gut Sie mir zuhören werden.

Was heisst denn das jetzt, dass wir immer wirken und wie soll ich das tun, mit meinem Körper arbeiten? Ich als Medientrainerin werde von vielen Leuten immer wieder gefragt: «Muss ich für das eine Show bieten? Muss ich etwas werden, was ich gar nicht bin? Muss ich ein Schauspieler sein oder eine Schauspielerin, und muss ich etwas tun, was gar nicht mich repräsentiert?» Ja, ich glaube schon: Wenn man eine gute Rede halten und wahrgenommen werden will, gibt es gewisse Sachen, die man lernen muss und kann. Und zwar immer dann, wenn ich vor lauter Nervosität eine Körperhaltung einnehme, die nicht zu meinem Inhalt passt, wenn ich mich zum Beispiel vor all diesen Blicken schützen möchte, die mir das Adrenalin in die Höhe treiben. Wenn ich dann merke: Ich stehe plötzlich unsicher da und Sie glauben mir gar nicht mehr, was ich sage, dann ist es besser, man trainiert, einen guten Stand zu haben und die Hände irgendwo zu haben, dass man mit ihnen in eine Gestik kommen kann und dass man trainiert, wie man die Leute anschauen kann und wie man einen Dialog aus einem Monolog machen kann. Denn, wie wir vorher bereits erfahren haben: Es geht darum, miteinander zu sprechen, die Leute vielleicht von ihren vorgefassten Meinungen abzubringen oder sie von etwas zu überzeugen. Das wäre das Ziel – einen Dialog zu haben anstatt einen Monolog.

3. Mit dem Körper kommunizieren

Ja, das mit diesem Antrainieren und Eine-Show-bieten und Jemand-anders-Sein ...

Das ist eine Frage, die sich nicht erst heute stellt. Die ist schon alt. Ich habe Ihnen einen kurzen Ausschnitt aus der Fernsehsendung 10 vor 10 mitgebracht. Bei diesem Ausschnitt, der bereits 20 Jahre alt ist, werden Politiker mit ihrer Körpersprache auf die Schippe genommen, und zwar wird dort behauptet, dass alles antrainiert und künstlich sei. Schauen Sie mal rein, viel Vergnügen.

[Fernsehausschnitt; Gelächter.]

Ob diese Gesten nun alle einstudiert waren oder ob sie echt waren, bleibt dahingestellt. Viel wichtiger ist: Die Politiker, die wir eben gesehen haben, haben nicht nur mit ihren Worten gesprochen, sondern auch mit ihrem ganzen Körper, mit Gestik, mit Blickkontakt, mit ihrer Mimik. Sie sagen nun vielleicht: Das ist ja logisch, das war im Fernsehen. Das ist ja gar nicht zu vergleichen mit den Reden, die wir halten. Aber vielleicht ist jede Parlamentsitzung auch ein bisschen eine Arena. Vielleicht ist es auch dort so, dass Sie überzeugen wollen und müssen – auch dann, wenn die Meinungen vielleicht schon vorgefertigt sind, wie wir vorher gehört haben: Bereiten Sie sich trotzdem mit Ihrer Rede den Weg. Vielleicht können Sie Entscheidungen doch noch beeinflussen. Dabei ist es wichtig, wie gesagt, dass Sie einen Dialog schaffen und nicht einen Monolog halten. Zum Kommunizieren brauchen Sie nicht nur Worte, sondern auch Ihren Körper, Ihren Blick und Ihre Stimme.

Warum ist das so wichtig? Es geistern in der Kommunikation Zahlen herum, die man zahlreichen Studien entnimmt und die sagen, was einem Publikum in Erinnerung bleibt, wenn Sie eine Präsentation gesehen haben. Bei diesen Studien und Ergebnissen werden folgende – bereits erwähnte – drei Kommunikationsebenen angeschaut.

Die nonverbale Ebene: alles, was man sieht, wie jemand dasteht, wie jemand schaut, was jemand mit den Händen macht, aber auch die Kleidung, ob ein Mann spricht

oder eine Frau, die Mimik, die man macht – alles, was man sieht.

Die zweite Ebene ist die paraverbale Ebene: Wie jemand spricht. Sie werden hören, dass meine Muttersprache nicht Hochdeutsch ist, obwohl ich das jetzt spreche. Pausen sind hier ein Thema, Füllwörter, wie äähm, eigentlich, wirklich, vielleicht, quasi, die Intonation der Stimme, unterstreicht jemand gewisse Wörter oder spricht jemand ganz monoton, ohne eine Pause zu machen. Paraverbal ist es auch dann, wenn gewisse Leute beim Referieren ihres Referates JEDES – EINZELNE – WORT – GANZ – STARK – BETONEN, weil alles so wichtig ist. Und vor lauter Überintensität kann man nicht mehr richtig zuhören.

Die dritte Ebene ist das Verbale, der Inhalt. Was denken Sie, wie viel Prozent – im Durchschnitt – bleibt den Zuhörerinnen und Zuhörern in Erinnerung von dem, was sie gesehen haben? Wie viel Prozent von dem, was sie gehört haben, wie jemand gesprochen hat und wie viel Prozent vom Inhalt? Diskutieren Sie kurz zu zweit.

[Teilnehmende tauschen sich aus.]

Erste Meinungen: Wer ist auf ein Ergebnis gekommen? Vorgeschlagene Antworten: 70/20/10 Prozent, 40/40/20 Prozent, 60/30/10 Prozent. Es sieht ungefähr so aus: Wir haben zirka 60 Prozent nonverbal, zirka 30 Prozent paraverbal und im Durchschnitt sind es zirka 7 Prozent Inhalt, der hängen bleibt. Ob diese Zahlen stimmen, können wir vielleicht beim Mittagessen diskutieren. Wichtig ist: Wir haben einen grossen Teil, der etwas darüber aussagt, WIE wir sprechen, und nur einen kleinen Teil, der etwas darüber aussagt, WAS wir sagen.

4. Dialog mit Leidenschaft

Aus meiner Berufserfahrung kann ich sagen, wenn jemand das WIE gut macht,

dann hören die Leute besser zu und sind aufmerksamer dabei. Was heisst jedoch, es gut zu machen? Wir sind ja alles unterschiedliche Menschen und wir sind nicht gleich. Es gut zu machen, heisst, mit dem Publikum in einen Dialog zu treten. Es gut zu machen heisst, dass ich mich ans Publikum wende. Es gut zu machen heisst, dass ich zwischendurch ein freundliches Gesicht mache, damit sich die Zuhörerinnen und Zuhörer angesprochen und wertgeschätzt fühlen. Das ist meiner Meinung nach schwierig zu erreichen mit einem Zettel in der Hand. Das geht ohne Zettel und ohne ablesen besser. Wir überzeugen tun mit uns als Person. Uns als Personen glaubt man, was man sagt oder nicht – weniger den Worten, sondern dem, was wir ausstrahlen. Manche Kunden sagen mir: «Was heisst denn das jetzt? Kann ich nun keine Notizen mehr benutzen? Muss ich nun alles frei sprechen? Und wie soll ich das tun? Zu Hause im Wohnzimmer, wenn ich das meiner Frau vortrage, geht das ja noch gut, aber auf einmal stehe ich auf einer Bühne, alle schauen mich an, der Adrenalin Spiegel steigt, ich fange an zu schwitzen und ich würde mich am liebsten hinter dem Rednerpult verkriechen und einfach nur noch von meinem Blatt ablesen und ja niemanden mehr anschauen!» Das ist tatsächlich ein Problem. Um frei zu reden, brauchen Sie Mut! Sie begeben sich in Gefahr. Man polarisiert mehr. Es braucht Mut, frei zu reden. Und es braucht Strategien, um sich selber in einen positiven Zustand zu bringen. Z.B. wenn ich persönlich Mut brauche und in einen guten Zustand kommen will, dann stelle ich mich manchmal in einer Siegerposition vor den Spiegel. Dazu kann man zu sich selbst sagen: «Du bisch aifach scho no guet!»

Eine andere Übung kommt aus dem Sportbereich und wird von vielen Profisportlern gemacht: sich den Thymus zu klopfen. Das setzt Hormone frei, die einen mutiger ma-

chen und die einen dazu verleiten, einfach mal etwas auszuprobieren und sich nicht immer so viele Sorgen zu machen, was das Publikum von einem denken könnte.

Ein CEO von einer KMU, der zu mir ins Coaching kommt, hat eine andere, schöne Strategie. Er hat die Statur eines Grizzly-Bären und kommt mit einem Schrei in mein Büro rein «Uäähhhhh, Sibylle!» Und ich sage: «Also Urs ...» – er heisst Urs. *[Gelächter.]* Und er sagt zu mir: «Weisst Du, Sibylle, ich weiss nicht genau warum, aber immer wenn ich mit meinen Mitarbeitenden spreche, habe ich das Gefühl, sie haben Angst vor mir.» *[Gelächter.]* Darauf entgegne ich: «Also Urs, zeig mir mal wie Du das machst!» Ich habe ihn aufgenommen mit der Kamera. Er kommt auf die Bühne: «Uäähhhh!» Er klopft auf den Tisch. Da sage ich: «Also Urs, Wertschätzung ist ja Dein Thema. Du möchtest, dass Deine Mitarbeitenden keine Angst mehr haben vor Dir. Du brauchst eine Strategie, mit der du Wertschätzung transportieren kannst. Überlege dir was und komme wieder zurück in zwei Monaten.» Und er kommt wieder zurück ins Coaching und sagt zu mir: «Sibylle, ich habe eine Strategie gefunden.» Ich möchte Euch hier diese Strategie gerne vorstellen. Ich wende sie nämlich auch sehr häufig an: Mein Kunde also, steht auf die Bühne, schaut seine Mitarbeiter und dann eine Person direkt an und denkt zu dieser Person: «Ich liebe Dich.» Dann schaut er jemand anders an und denkt zu dieser Person: «Ich liebe Dich.» Und dann noch einmal. Versuchen Sie es mal, wenn Sie möchten, denn da passiert etwas. Es passiert irgendetwas Zwischenmenschliches, gället Sie, Frau Canton, irgendwie haben wir es gespürt, oder? Es ist irgendetwas passiert zwischen uns. Aber Achtung: sprechen Sie es nicht laut aus! *[Gelächter.]* Denken Sie es nur !

Was heisst das jetzt? Ja, frei reden. Ja, aber auch etwas dafür tun, damit man den Mut

aufbringt, das souverän zu schaffen. Vielleicht weniger über gewissen Wörtern brüten und sich stundenlang überlegen: «Ist das jetzt genau das perfekte Wort?» Und sich dafür eher überlegen: Wo ist mein Herz in dieser Präsentation, in diesem Referat? Wo ist meine Leidenschaft? Warum stehe ich hier? Wo ist meine Leidenschaft für das Publikum, zu dem ich gleich sprechen werde? Wo ist meine Leidenschaft für das Thema, über das ich hier referieren werde? Wo ist meine Leidenschaft für das Ziel, das ich mir überlegt habe? Und wo ist meine Leidenschaft für den Auftritt selbst? Warum soll ich heute Freude daran haben, vor Ihnen zu sprechen? Und nicht zuletzt: Wo ist meine Leidenschaft für mich selbst? Was kann ich heute meinem Publikum Gutes tun?

Wenn Sie sich das überlegen, dann wissen sie vielleicht, warum Sie hier stehen und dann verkörpern Sie das auch, warum Sie hier stehen und dann ist eine freie Rede vielleicht gar nicht mehr so schwierig, weil Sie es nämlich ausstrahlen und weil man Sie spürt als Person und weil Sie in einen Dialog treten.

Dann stehen Sie mit einem Lächeln auf der Bühne, und man sieht Ihnen an, dass es Ihnen gut geht, während Ihrer Präsentation. Dann werden Sie vielleicht Schaf *[zeigt ein scharfes Foto von einem Schaf]*, denn was wir nicht wollen, ist Unschaf *[zeigt ein unscharfes Foto von einem Schaf]* sein. Wir wollen Schaf *[scharf]* sein in unseren Worten, aber auch in unserer Wirkung, wir wollen verkörpern, was wir sagen. Und meine Erfahrung ist: Das Publikum will die Person, die vorne steht, spüren – mit allen Schwächen, die diese Person hat, aber auch mit all ihren Stärken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Schaf (Schärfe) für ihre nächste Präsentation oder Ihr nächstes Referat und bedanke mich bei Ihnen. ●



Le point de vue d'une députée d'un parlement cantonal¹

Antoinette de Weck
Membre du Grand Conseil du canton
de Fribourg

Tout d'abord, je tiens à remercier le professeur Blum et le conseiller national Gross pour leurs interventions. Cet échange d'arguments est très important, non seulement dans les débats parlementaires mais dans les relations que nous avons tous les uns avec les autres. La brillance d'une idée apporte, amène aussi une brillance à son destinataire. Ce n'est pas de moi, c'est de Chateaubriand.

D'abord, pour revenir sur ce qu'a dit le professeur Blum, vous avez cité des exemples de discours. Il y en a un que vous n'avez pas cité et qui est pour moi peut-être un discours fondamental, c'est celui de Victor-Hugo sur la misère. Selon la photo que j'ai retrouvée, on y voit Victor-Hugo qui lit son texte. Or ce texte, comme vous le savez, a eu une influence considérable pour justement aider les pauvres et leur assurer une assistance publique qui n'existait pas. Les pauvres étaient abandonnés à leur sort. Il fait un discours magnifique, qu'il lit. Cela prouve donc qu'on peut parler en lisant et aussi convaincre. Pour convaincre, en fait, il faut toucher l'émotion, comme l'a expliqué Mme Sommerer. Il faut toucher l'émotion, toucher le cœur. Dans notre Parlement, c'est comme dans tous les parlements, nous n'avons souvent pas le temps

de digérer le texte parce que pour pouvoir le dire librement, il faut l'avoir pensé, l'avoir relu, l'avoir réfléchi, l'avoir poli dans sa tête plusieurs fois, ce qui nous donne cette liberté. Or, bien souvent, on n'a pas le temps de le faire, donc on se contente de lire avec la tête penché sur son manuscrit. On m'a fait remarquer que sur Internet, maintenant, on ne voit plus que les calvities de ces messieurs ou les décolletés de ces dames. Donc, Mesdames, faites attention, il vaut mieux parler en regardant son auditoire!

Je crois que cette difficulté provient du fait qu'on n'apprend pas assez aux jeunes à s'exprimer librement. C'est vrai que de s'exprimer, la première fois que vous vous levez et que vous tenez votre papier, j'ai bien souvent vu des députés qui avaient la main qui tremblait, parce qu'ils avaient le trac. En fait, le trac n'est que de l'orgueil mal placé, parce qu'on a peur de l'image que l'on va donner aux autres. Ce qui a diminué mon trac, chez moi, c'était une phrase du peintre animalier Hainard – peut-être certains le connaissent – qui a dit: «Moi, je n'ai pas le trac, parce que je n'essaie pas d'être une autre personne que celle que je suis, donc on me prend comme je suis.» Je n'essaie pas de mettre la barre plus haute. Je n'essaie pas de donner cette autre image. Je crois qu'essayer d'abord d'être soi-même, c'est la première chose.

La deuxième chose importante, c'est d'avoir du respect pour les gens qui vous écoutent et ne pas se dire que c'est un mur devant lequel je parle, que ce sont mes adversaires ou bien que ce sont des imbéciles qui ne vont rien comprendre. Donc, je lis mon texte le plus vite possible,

¹ Transcription de l'enregistrement du discours lors de l'Assemblée générale annuelle de la SSP le 19 septembre 2015 à Liestal.

comme ça j'en finis avec ma corvée. Non! Il faut essayer de convaincre les personnes en se disant que ce sont des gens que je respecte. Ils sont capables de comprendre et je vais essayer de les influencer, de leur donner une autre façon de voir. Donc, vous préparez votre texte en pensant à toutes les personnes qui vont vous entendre en disant: «Eh bien, celui-ci il ne va pas aimer ce que je vais dire là, donc je vais essayer de le convaincre en amenant mon discours pour que l'adversaire du fond de la salle m'écoute.» Si vous commencez à parler à des gens, les gens commenceront à vous écouter. Après, quand vous vous lèverez dans votre salle, eh bien, les gens feront silence, parce que le Grand Conseil de Fribourg, c'est comme tous les Grands Conseils. Il n'y avait que la Constituante où personne ne parlait et aussi au conseil général d'ailleurs – c'est le parlement de la ville de Fribourg – où les gens ne parlent pas. Par contre, au Grand Conseil, on pense qu'on a droit de parler et de ne pas écouter les autres. Mais si vous avez fait vos preuves, les gens vont vous écouter dès que vous vous lèverez et, surtout, surtout – même si je comprends M. Gross qui dit que les limitations de temps sont dérangeantes – d'un autre côté, cela vous force à être concis et à savoir ce que vous voulez dire et assurer que les gens vont vous écouter. Si vous parlez trop longtemps, pour tout le monde, il y a l'attention qui diminue, ce d'autant qu'on est tous habitué à zapper. Des fois, on aimerait zapper le député qui parle et puis passer à autre chose. Il faut dire aussi que nous avons des programmes très chargés. Quand on voit qu'une personne parle trop longtemps, on regarde sa feuille avec tout le programme qui nous reste, on se dit qu'on ne va jamais terminer à midi et moi, à midi, j'ai une autre séance, j'ai une autre commission!

Maintenant, j'aimerais revenir sur ce qu'a dit M. le Conseiller national Gross, parce que je trouve aussi important ce travail de commission. Heureusement à Fribourg, le travail de commission se fait encore sérieusement, c'est-à-dire qu'on n'arrive pas avec des papiers tout prêts. On n'a pas de lobbies qui nous influencent. Chez moi, il n'y en a pas, peut-être que d'autres ... Mais cela se fera au Parlement, où il y aura effectivement des gens qui représentent tel milieu qui vont s'exprimer. Le travail de commission est important mais au Parlement on a encore une chance d'influencer une décision si on prend la peine de s'exprimer avec l'intention de convaincre, parce que le but de l'art oratoire, c'est uniquement ça, c'est la *captatio benevolentiae*, c'est-à-dire l'art de capter la bienveillance du public. Je terminerai peut-être avec une phrase que j'ai tirée de ce livre que j'ai trouvé à la Poste – vous voyez, même à la Poste, on peut trouver des choses très amusantes – c'est de Baltasar Gracian, *L'art de vivre avec élégance*. C'est un moine qui a écrit ça au XVII^e siècle, avec un tas de réflexions sur la bonne manière de se comporter avec les gens, et de les convaincre. Une phrase qui m'a beaucoup plu, c'est celle-ci : «Il n'y a rien de meilleur que de se faire jamais trop entendre».





«Die freie parlamentarische Rede – ein Relikt aus alter Zeit?»: Diskussion¹

Daniel Reuter: Nach diesen drei Referaten und dieser Kurzintervention war ich zunächst ernüchtert, nach dem, was Andreas Gross gesagt hat, quasi als Gegenpart zu Herrn Blum. Noch verwirrt war ich durch die Aussage, dass die verbale Rede eine so geringe Wirkung hat. Was machen wir nun als Parlamentsmitglieder? Wer möchte sich dazu äussern?

Roger Blum: Vielleicht eine kleine Bemerkung, auch als Reaktion auf Andi Gross: Ich denke, was er gesagt hat, stimmt. Aber man kann diese Fakten pessimistisch sehen oder man kann sie auch etwas optimistischer sehen. Ich würde sie etwas optimistischer sehen.

Wir müssen Wandel auch akzeptieren. Das Plenum hat vielleicht nicht mehr ganz die Rolle und die Bedeutung, die es einmal hatte, vor allem, was den Transport über die Medien betrifft. Da müssten wir einfach akzeptieren, dass Parlamentarier auf mehreren Klavieren spielen müssen: Sie halten Reden an Demos, sie geben Voten ab in den Kommissionen, sie müssen aber auch bereit sein, in Sendungen zu gehen und das, was im Plenum diskutiert wurde, in anderen Worten nochmals auf den Punkt zu bringen, sei es bei Privatfernsehsendern, bei Privatradios, sei es bei der SRG. Sie müssen auch gegenüber Printmedien noch einmal auf den Punkt bringen, was im Plenum geschehen ist. Die Medien funktionieren heute anders und man kann nicht durch Parlamentsbeschluss die Medien völlig um-

drehen – vor allem nicht jene, die privat organisiert sind. Da kann das Parlament gar keinen Einfluss darauf nehmen, höchstens im Schimpfen. Aber letztlich muss man diese Entwicklung ein Stück weit akzeptieren und versuchen, die Medien dort zu erreichen, wo sie sind, und die Medien mit denselben Stilmitteln aufzufüllen, welche sie geprägt haben. Die Medien geben einen Rahmen vor, einen Zeit- und Ortsrahmen, und den muss man dann eben auffüllen. Es ist auch in Grossbritannien, dem Land der Mutter der Parlamente, heute Usus, dass die Parlamentarier Debatten im Plenum oft gar nicht mehr verfolgen, sondern – vor allem beim Westminster-Palace – in den Sendebauwerken von BBC und MTV zu finden sind, wo sie an Diskussionen teilnehmen über Debatten, die sie ja eigentlich gerade verpassen. Das Plenum ist oft entleert und die Parlamentarier reden in den Sendungen. Man kann das bedauern, aber es gehört eben auch zu den Aufgaben des Parlamentarier, Politik dort zu erklären, wo eine Möglichkeit besteht, diese Erklärung an die Bevölkerung weiter zu vermitteln. Wenn man dieses Spielen auf der ganzen Klaviatur beherrscht, dann muss man nicht mehr nur trauern, sondern dann kann man sagen, dass man die heutigen Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Das wäre die optimistischere Sicht gegenüber derjenigen von Andi Gross, der in der Sache völlig Recht hat. Ich finde es natürlich eine Katastrophe, wenn sogar in Kommissionen Reden abgelesen werden. Aber man muss einfach schauen, dass man das Beste daraus macht.

¹ Diskussion anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen vom 19. September 2015 in Liestal.

Daniel Reuter: Herr Gross, sind Sie jetzt ein Sachpessimist oder ein Wirkungsoptimist, nachdem was Sie hier gehört haben?

Andreas Gross: Ein Wirkungspessimist und ein Sachoptimist, das wäre viel besser. Nein, ich meine, mit Roger Blum streite ich seit 15, 20 Jahren genau über diese Position. Er hat mir vor 15 Jahren schon das Gleiche gesagt, als die Situation noch 100 Prozent besser war in Bezug zum Beispiel auf die Vielfalt und die Reichhaltigkeit der Presse. Der Punkt ist ja, dass heute die Zeitungen gar kein grosses Interesse mehr haben, Politik diskursiv, nachdenklich, sozusagen dialogisch zu vermitteln, sondern es zählen Sensation, Konflikt und Spektakel. Die Frage ist nicht, ob man die Möglichkeit ausnützt usw. Das habe ich auch immer gemacht und gesagt. Der Punkt ist: Es braucht in der Schweiz gewisse Reformen, die heute nicht gemacht werden, weil die Mehrheiten noch nicht da sind, und die Mehrheiten sind noch nicht da, weil die Sensibilität fürs Problem noch nicht da ist. Man sieht die Gravität, die Schwierigkeit des Problems nicht.

Herr Lustenberger hat es auch gesagt: Staatspolitik und Demokratiefragen überhaupt sind kein Thema mehr – vorher oder nachher oder unter- oder überall. Was du in den 80er Jahren noch gemacht hast, wäre heute in keinem einzigen Medium, nicht einmal in der NZZ, mehr möglich. In der NZZ gibt es zwar thematisch noch diese Probleme, aber nicht mehr dialogisch. Sie ist jetzt in den letzten paar Monaten auch massiv in eine Ecke gerutscht, wo auf Dialog verzichtet wird.

Martin Graf hat jüngst eine Referenz gefunden aus dem 19. Jahrhundert, einer Zeit, in der es nicht einmal eine anständige parlamentarische Demokratie gab in Deutschland, geschweige denn eine direkte. Aber was gesagt wurde, ist in der

direkten Demokratie noch viel wichtiger. Wenn man diese Referenz liest, sieht man, was heute nicht mehr existiert. Martin Graf zitiert Heinrich von Treitschke; das war ein berühmter Historiker des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Treitschke hat über das Wesen des Parlamentes oder der Debatte gesagt: «Der Adressat der Debatte ist deshalb die Öffentlichkeit im weitesten Sinne, der die von den Fraktionen eingenommenen Positionen erklärt werden müssen.» Das heisst also, man versucht, sich via das Parlament an die Öffentlichkeit zu wenden, um dieser etwas zu erklären, das schwer zu verstehen ist, das schwer zu begreifen ist, auch in Bezug auf die Interaktion, auf die Kompromisse. Herr Treitschke sagt weiter – 1871 hat er dies geschrieben –, dass «den Verhandlungen des Plenums die hochwichtigen Aufgaben zugeschrieben wird, das Parlament mit der Nation im geistigen Verkehr zu erhalten. Sie sollen das Haus – das Parlament – vor der öffentlichen Meinung rechtfertigen, ihr den dialektischen Prozess erklären, der die Beschlüsse des Parlamentes entschieden hat». Das bedeutet also einen lebendigen Verkehr! Diesen Verkehr gibt es heute fast nicht mehr und mit den Social Media kannst du das nicht ersetzen, denn das Monologische, das Apodiktische, das Undialogische, die Möglichkeit, dass der andere auch einen Beitrag leisten kann zur richtigen Sicht der Dinge, das fehlt völlig.

Ich wollte darauf hinaus, dass es Reformen braucht. Die Schweiz leidet heute national an beiden Nachteilen: Es gibt nicht mehr das Milizsystem, es gibt aber auch nicht das Profisystem. Die Konsequenz ist, dass etwa die Hälfte der Parlamentarier von einer Interessengruppe engagiert ist und gar nicht mehr die Kapazität, die Unabhängigkeit hat, in der Diskussion nach dem Allgemeininteresse zu suchen. Das wird nirgends korrigiert. Das wird auch nirgends themati-

siert. Und wenn das nirgends thematisiert wird, dann kann ich auch nie die Mehrheiten finden, die es braucht, um das zu ändern. Und da reicht es eben nicht zu sagen: Du musst das halbe Glas optimistisch sehen usw. Wir müssen heute, damit gewisse Dinge anders eingerichtet werden, damit wir gewisse Dinge mit Mehrheiten anders einrichten können, anders auf die schwachen und schwierigen Punkte hinweisen. Sonst haben wir keine Chance, das zu verbessern. Und wenn wir es nicht verbessern, dann gehen alle Ansprüche an Demokratie und an Parlament und an Politik flöten.

Daniel Reuter: Herr Gross, Sie haben uns gesagt, dass Sie mit Herrn Blum streiten. Zuvor haben Sie aber bei Herrn Blum doch etwas zustimmend genickt. Was heisst das jetzt?

Vielleicht noch folgende Frage an Frau Sommerer: Ist das der Grund, weshalb der Beratungsbedarf immer mehr steigt, weil Politiker und Politikerinnen auf immer mehr Klavieren spielen müssen?

Sibylle Sommerer: Ich vertrete natürlich schon die Meinung, dass es richtig ist, dass man seine eigenen Meinungen und Voten so in den Medien präsentieren kann, dass sie von der Öffentlichkeit verstanden werden, nicht nur inhaltlich, sondern so, dass man sich auch angesprochen fühlt und sich mit dem Menschen, der spricht, identifizieren kann. Dies ist nicht jedem gegeben. Zudem ist es etwas anderes, ob ich eine Rede in den Medien halte oder im Parlament. Daher glaube ich schon, dass es da einen Beratungsbedarf gibt.

Ich arbeite ja meistens in der Wirtschaft und dort ist es ähnlich. In einer Software-Firma kann man intern mit sehr vielen Fachwörtern sprechen. Man kann intern eine sehr spezielle Sprache benutzen, die alle Mitarbeiter dieser Firma verstehen.

Aber wenn man dann zum Kunden geht, braucht es eine Art – ich sage es ein bisschen provokativ – «13-Jährigen-Sprache», ohne Fachwörter, die sich an das Zielpublikum adressiert. Dies ist nicht einfach, weshalb es Beratung braucht.

Roger Blum: Andi Gross macht hier eine grosse Kiste auf. Wenn er Reformen fordert, müsste man an sehr vielen Punkten ansetzen.

Erstens müsste man im Grunde genommen das ganze Mediensystem umkrepeln. Man müsste von allen Medien einen Service public verlangen – schwierig, das vom Staat aus durchzusetzen. Andi Gross hat zwar Versuche gemacht und auch der Vorstoss Fehr im Nationalrat hat in diese Richtung gezielt. Und auch das, was jetzt die Eidgenössische Medienkommission berät, geht in diese Richtung, nämlich, dass die Medien stärker in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Wenn man das vorschreibt – wie auch immer –, wenn man gewissermassen einen Service public einfordert von allen Medien, dann ist dies eine gute Sache. Aber es kommt dann immer noch darauf an, ob die Journalistinnen und Journalisten genügend gut ausgebildet sind, um es dann auch zu erfüllen.

Das ist das eine. Das andere ist: Auch die Parlamentarier machen es den Medien und der Öffentlichkeit manchmal nicht so leicht. Ich habe schon sehr viele Debatten des Parlaments erlebt, gerade im Bund, in denen von so vielen Abkürzungen gesprochen wurde, dass ein normaler Bürger nichts versteht. Es wird oft eine Gesetzesfachsprache verwendet, die im Grunde genommen zuerst übersetzt werden müsste. Diese Übersetzungsarbeit zu leisten, sind nicht alle Medien bereit.

Man müsste also sehr viele Reformen durchführen, um das Ziel zu erreichen, das Andi Gross vorschwebt. Ich würde empfehlen

len: Bevor diese Reformen angepackt und realisiert werden, müssten die Parlamentarier einfach mal auf den verschiedenen Klaviaturen spielen. Das wäre meine Idee.

Antoinette de Weck: Oui effectivement, aussi au Grand Conseil, on a peu d'échanges intellectuels tels que les voudrait M. Gross. D'abord, parce qu'il y a aussi peu d'intellectuels au Parlement et que les gens qui représentent la démocratie proviennent de différents milieux. L'abstraction n'est pas donnée à tout le monde, non seulement l'abstraction mais aussi l'esprit de promptitude dont parle justement Gracian, dont je vous ai parlé, puisqu'on sait qu'avec un bon mot, on peut faire plus qu'avec une épée! Souvent, cet esprit-là, on ne l'a pas ou on ne l'a pas développé pour X raisons. Malheureusement, les médias que nous connaissons maintenant et aussi Internet ne nous poussent pas à la réflexion mais nous incitent à un effet immédiat et à un vocabulaire qui doit être peu recherché. Dès que vous employez des mots un petit peu trop compliqués ... Je me souviens qu'à la Constituante j'avais utilisé le mot «redondance». Eh bien, j'ai dû expliquer ce que cela voulait dire. Alors après, cela a eu beaucoup de succès, puisque tout le monde utilisait le mot «redondance». Du coup, il y avait beaucoup de redondances au sein de ce parlement-là.

Donc, on doit se mettre au niveau des gens qui nous écoutent au Grand Conseil et aussi après dans le public. C'est vrai qu'il arrive régulièrement que l'on fasse une intervention et que, quand elle est retranscrite dans la presse, on se demande si c'est toujours nous qui avons fait cette intervention. La presse relate des débats et on se demande si on a assisté aux mêmes débats. Les journalistes se permettent de retranscrire nos interventions sans tenir compte de la chronologie des interventions. Or, quand même,

une intervention est liée souvent à une autre, peut avoir été due à une autre intervention. On a aussi l'impression qu'ils ont déjà fait leur papier avant, qu'ils savent déjà ce qu'ils vont dire, que la gauche va dire ça, que la droite va dire ça. On prépare son papier et après on rajoute le nom des personnes qui se sont exprimées. Je crois que, malheureusement, ce sera difficile de revenir en arrière. Il faudrait peut-être supprimer Internet. Je pense que si on supprimait Internet, on se retrouverait dans les années 1980. Cela changerait. Tout notre monde de vitesse est lié à Internet. Ça, c'est mon impression personnelle. La surcharge de travail est liée à Internet. Avant, vous écriviez une lettre, vous mettiez deux jours pour l'écrire et cela faisait deux jours pour arriver. La personne avait deux jours pour répondre. Pendant une semaine, l'affaire était en suspens. Maintenant, vous pensez, vous écrivez – on espère qu'on prend le temps d'écrire – votre mail. La personne le reçoit et une demi-heure après vous recevez la réponse par mail.

Avec cette rapidité et cette connexion dans le monde entier, moi, j'ai le sentiment que tout devient plus petit, que tout se réduit. Donc tout se réduit aussi dans les débats parlementaires, dans notre vie, dans nos connexions. On ne parle plus de relations, on parle de connexions. On ne sait plus qui est ami, on n'a plus le sens de ces valeurs-là. Mais aller contre Internet, eh bien, je pense que ce sera un peu difficile!

Andreas Gross: Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden. Je ne suis absolument pas contre l'Internet. Mais une des grandes réformes dont nous avons besoin, c'est la transnationalisation de la démocratie. Il faut la constitutionaliser au-delà de l'Etat-nation et ça, c'est impossible. Nous sommes sur Internet parce qu'on ne peut pas se voir tous les jours et il faut commu-

niquer. Ce n'est pas le problème. Internet, c'est comme l'invention de l'imprimerie, c'est un grand progrès, mais il faut savoir utiliser ce progrès. Aujourd'hui, ce n'est pas utilisé dans le sens de la restauration de la grande réforme de la démocratie. Mais, c'est déjà bien d'être conscient qu'il faut des grandes réformes. Les grandes réformes, ce n'est pas seulement les médias, c'est aussi le parlementarisme en Suisse. C'est aussi par exemple la relation entre l'argent et la démocratie. Nous sommes le seul pays en Europe – elle est grande, l'Europe, pas celle des 28, celle des 47 ! – qui n'a pas légiféré sur la relation entre l'argent et la démocratie et la politique. Cela est d'autant plus fou que nous sommes le seul pays où la démocratie est plus qu'un événement quadriennal mais plutôt un événement trimestriel et que l'argent y joue un rôle énorme. Aujourd'hui, il faut des grandes réformes. Mais, il manque aujourd'hui des lieux où on peut travailler à cela et il manque la conscience de cette nécessité et aussi la préparation, l'engagement pour s'attaquer à cette grande réforme. ●



Die Kehrtwende des Parlaments bei den kurzen Freiheitsstrafen

Eine frameanalytische Erklärung¹

Mirjam Suri

1. Hintergrund und Erkenntnisinteresse

2007 trat eine Revision des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) in Kraft, mit welcher der Anwendungsbereich kurzer Freiheitsstrafen, d.h. solcher mit einer Dauer von unter sechs Monaten, auf Ausnahmefälle beschränkt wurde. Begründet wurde diese Neuerung in der Botschaft des Bundesrates damit, dass kurze Freiheitsstrafen kaum zur Sozialisierung des Täters² beitragen würden und angesichts des Wertewandels und der gesellschaftlichen Entwicklung überholt seien.³ Bereits wenige Jahre nach Inkrafttreten der Revision wurde eine erneute Überarbeitung des StGB anvisiert. In der entsprechenden Botschaft des Bundesrates aus dem Jahr 2012 wird die Auffassung vertreten, dass die kurzen Freiheitsstrafen wieder eingeführt werden sollen, denn «kurze Freiheitsstrafen vermögen gewisse Täter besser vor weiterer Delinquenz abzuhalten als Geldstrafen».⁴

Die parlamentarischen Forderungen, welche den Auffassungen in den Botschaften folgten, vollzogen entsprechend innert relativ kurzer Zeit eine Kehrtwende. Es stellt sich die Frage nach den Ursachen dieses Meinungsumschwungs. Erste Evaluationen zur 2007 in Kraft getretenen StGB-Revision zeigten keine signifikanten Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung.⁵ Auch äusserten sich Kriminologen nach wie vor mehrheitlich negativ über die Auswirkungen kurzer Freiheitsstrafen und kritisierten das Bestreben, diese wiedereinzuführen, teilweise stark. Die Kritik betraf in erster Linie den fehlenden spezialpräventiven Nutzen kurzer Freiheitsstrafen. Der Kontakt zum kriminellen Milieu während der Haft sowie die negativen Auswirkungen auf Berufs- und Familienleben würden eher kontraproduktiv wirken.⁶ Somit können weder Evaluationen noch neue Erkenntnisse der kriminologischen Lehre erklären, wieso es zum Politikwandel kam. Da die Ausgangslage ansonsten unverändert war, liegt die Vermutung nahe, dass sich der Politikwandel aufgrund einer veränderten Stimmungslage vollzog. Um den abrupten Politikwandel besser nachvollziehen zu können, habe ich in meiner Masterarbeit den parlamentarischen Diskurs zum Gegenstand der kurzen Freiheitsstrafen frameanalytisch untersucht.

¹ Der Text basiert auf der Masterarbeit M.A. Public Management and Policy an der Universität Bern (2015). Die Masterarbeit wurde an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen am 19. September 2015 prämiert.

² Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die geschlechtsspezifische Differenzierung, z.B. Täter/In, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für beide Geschlechter.

³ Botschaft, 1999, S. 1981.

⁴ Botschaft, 2012, S. 4735.

⁵ Bericht BJ, 2010; Bericht BFS, 2011.

⁶ ALBRECHT 2014, S. 280; STRATENWERTH 2012, S. 353–354; RIKLIN 2014, S. 252.

2. Framing-Ansatz

Politik ist immer auch Diskurshandeln – ein Deutungskampf, in dem die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Realitätsinterpretationen stattfindet. In jüngerer Zeit wird in der Politikanalyse vermehrt die Überzeugung vertreten, dass die Problemwahrnehmung der politischen Akteure massgeblich durch den Diskurs beeinflusst werde und dies bei der Erklärung politischer Entscheidungen zu berücksichtigen sei. Diese Strömung, die auch als «argumentative turn» bezeichnet wird, betont die Rolle von Vorstellungen, Narrativen und Diskursen bei der Herausbildung und der Veränderung von öffentlichen Politiken. Die Besonderheit dieses Ansatzes ist die vorrangige Bedeutung der allgemeinen Prinzipien, der Argumentation und der Werte, die ein Weltbild schaffen, das öffentliche Politiken widerspiegelt und konstituiert.⁷ Im Zuge dieser Strömung gewann der Framing-Ansatz in der Politikanalyse an Bedeutung.⁸ Grundsatz des Framing-Ansatzes ist die Annahme, dass zu jedem Sachverhalt eine Vielzahl an Interpretationen und Betrachtungsweisen möglich ist. Mit dem Begriff «Frames», auf Deutsch Rahmen, werden die Blickwinkel auf einen Gegenstand bezeichnet. Der Frame prägt, welche Fakten als wichtig betont werden, welche Handlungsoptionen plausibel erscheinen und welche Deutungsmuster an den Gegenstand herangetragen werden. Deutungsmuster sind in der Regel mit einer Tendenz verbunden, wie der Sachverhalt zu bewerten ist. Der Wandel der dominierenden Frames zu einer Thematik kann sich deshalb in einem Umschwung bezüglich der Bewertung des Sachverhalts niederschlagen.

⁷ KNOEPFEL et al., 2011, S. 31.

⁸ ENTMAN, 1993; SCHÖN & REIN, 1994.

3. Analyse der bundesparlamentarischen Wortprotokolle

Für die Analyse des Meinungsumschwungs wurden die im parlamentarischen Diskurs verwendeten Frames aufgezeigt und Unterschiede zwischen den Debatten zu den beiden Revisionen des StGB herausgearbeitet. Als Untersuchungsmaterial wurden die Wortprotokolle der Parlamentssitzungen verwendet. Der Datenkorpus bestand aus drei Sitzungsprotokollen aus den Jahren 1999 und 2001 zur ersten Revision sowie aus drei Sitzungsprotokollen aus den Jahren 2013 und 2014 zur zweiten Revision.⁹ Die Wortmeldungen betreffend kurze Freiheitsstrafen wurden mit einer kategorisierenden Inhaltsanalyse auf die enthaltenen Frames hin untersucht.¹⁰ Weiter wurde mittels einer Referenzstrukturanalyse der Frage nachgegangen, welche Akteure den Meinungsumschwung begünstigten. Dabei wurde untersucht, welche externen Akteure in der Lage sind, ihre Denkweise in die parlamentarische Debatte einzubringen.¹¹

4. Zentrale Ergebnisse

4.1 Dominierende Frames

Die Auswertungen zeigen, dass sich zwischen den beiden Parlamentsdebatten zur Thematik der kurzen Freiheitsstrafen deutliche Diskursveränderungen ergeben haben.

⁹ AB 1999 S 1105–1138; AB 2001 N 532–560; AB 2001 S 508–521; AB 2013 N 1580–1612; AB 2014 S 627–647; AB 2014 N 1705–1725.

¹⁰ Die verwendeten Frames wurden induktiv bei einer ersten Sichtung des Datenmaterials definiert. Es wurden 66 Wortmeldungen codiert, die insgesamt 203 Frames umfassten.

¹¹ Die Referenzstrukturanalyse wurde angelehnt an das Design von Vowe & Dohle (2009) zum medialen Einfluss auf Parlamentsdebatten durchgeführt. Eine Referenz gilt immer dann als gegeben, wenn der Parlamentarier in seiner Wortmeldung explizit auf eine andere Instanz Bezug nimmt, um eine Argumentation zu stützen.

Der Diskurs zur ersten Revision 1999 und 2001 wurde stark von den Frames «Resozialisierung» und «Kosten» geprägt. Der erste Frame zielte auf die Frage nach der Effektivität der Sanktionsform ab. So wurde die Auffassung der kriminologischen Lehre, dass sich kurze Freiheitsstrafen kaum eignen, um positiv auf den Täter einzuwirken, hier zu einem zentralen Argument erklärt. In vielen Wortmeldungen wurde der fehlende Resozialisierungseffekt im Sinne einer positiven Spezialprävention angesprochen. Freiheitsstrafen von unter sechs Monaten seien zu kurz, um erzieherisch auf den Delinquenten einwirken zu können, und könnten sich unter Umständen sogar als kontraproduktiv erweisen. Da nach diesem Deutungsmuster also davon ausgegangen wurde, dass kurze Freiheitsstrafen sich nicht positiv, sondern im Gegenteil eher negativ auf die Rückfallwahrscheinlichkeit des Straftäters auswirken, war damit eine klar ablehnende Haltung verbunden. Der zweite dominierende Frame rückte die monetären Auswirkungen der kurzen Freiheitsstrafen in den Vordergrund. Es ist unumstritten, dass kurze Freiheitsstrafen mit sehr hohen Kosten für die Staatskasse verbunden sind, während Geldstrafen diese sogar aufbessern und mit der gemeinnützigen Arbeit eine Leistung für die Allgemeinheit erbracht wird. Die Frage nach den Kosten der Sanktion wurde durch den Frame «Resozialisierung» und die damit verbundenen Zweifel an der Wirksamkeit stark unterstützt, da es wenig sinnvoll erscheint, viel Geld für eine wirkungslose oder gar kontraproduktive Massnahme auszugeben. Die inhaltliche Ausrichtung des Diskurses zur ersten Revision wurde durch kriminalpolitische Reformbewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre geprägt. Kernelement dieser Bewegung war das Bestreben, sich von der bisherigen Funktion des Strafrechts, die Schuld des Täters auszuglei-

chen und zu vergelten, abzuwenden. Dabei wurde die gesellschaftliche Integration des Delinquenten zum neuen Leitmotiv erklärt. Im Diskurs zur zweiten Revision 2013 und 2014 wurde die Thematik der kurzen Freiheitsstrafen vor allem unter den Blickwinkeln «Abschreckung», «Täterdifferenzierung» sowie «Akzeptanz durch Behörden, Opfer und Bevölkerung» diskutiert. Mit dem Frame «Abschreckung» wurde die Ansicht betont, dass Delinquenten hart zu bestrafen seien, um sie von weiteren Straftaten abzuhalten. Dieser punitive Ansatz steht im Gegensatz zum Resozialisierungsgedanken und wird als negative Spezialprävention bezeichnet. Etliche Parlamentarier vertraten die Meinung, dass kurze Freiheitsstrafen nötig seien, um den Straftätern einen richtigen Denkkettel zu verpassen, und dass andere Sanktionsformen aufgrund ihrer Milde keine solch abschreckende Wirkung erzielen könnten. Weiter wurde unter dem Stichwort «Täterdifferenzierung» hervorgehoben, dass Straftäter unterschiedlich seien und das Strafrecht entsprechend die Möglichkeit bieten müsse, «so differenzierend zu reagieren wie sich Tat und Täter voneinander unterscheiden».¹² Verknüpft mit dieser Argumentationslinie war der Aspekt der Kriminaltouristen. Gerade für diese ausländischen Delinquenten wurde von einigen Parlamentariern die Wirksamkeit der alternativen Strafformen in Frage gestellt und gefordert, dass die Sanktion an den Täter angepasst werde. Der dritte dominierende Frame «Akzeptanz durch Behörden, Opfer und Bevölkerung» stellte zunächst das Leiden der Geschädigten in den Fokus und erhob deren Forderungen zum Massstab. Mit diesem Deutungsrahmen wurde weiter die erforderliche Bürgernähe betont. Das Volk erwarte vom Gesetzgeber, dass dieser hart gegen Delinquenten vorgehe,

¹² Wickl, AB 1999 S 1106.

und würde anderenfalls das Vertrauen in das Strafrecht verlieren. Ebenfalls Teil dieses Frames waren legitimierende Verweise auf die mediale Kritik, in welcher sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Strafrecht manifestiere. Die im zweiten Diskurs verwendeten Frames sind mehrheitlich der punitiv-populistischen Strömung des kriminalpolitischen Diskurses der Spätmoderne zuzurechnen, welche den Gegenpol zu den Reformbewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre darstellt.¹³

Die wesentlichsten Veränderungen im Framing – der Bedeutungsverlust des Kosten-Frames, die Umdeutung des Effektivitäts-Frames von der Resozialisierung hin zu Abschreckung und der Bedeutungsgewinn des Akzeptanz-Frames – gehen mit einem Wandel der Bewertungstendenzen einher. Während im ersten Diskurs hauptsächlich Frames verwendet wurden, die eine abneigende Haltung gegenüber kurzen Freiheitsstrafen nahelegen – also mit einer Contra-Bewertungstendenz verbunden sind –, kehrte sich der Diskurs der zweiten Revision hin zu Frames, welche eine Pro-Bewertung nahelegen. Mit der Frame-Analyse kann so die Kehrtwende des Parlaments nachvollzogen werden.

4.2 Akteurskonstellation

Weiter sollte geklärt werden, welche Akteure die treibende Kraft hinter diesem Meinungsumschwung sind. Die Referenzstrukturanalyse zeigt auf, dass die Vertreter der rechtswissenschaftlichen Lehre und andere Experten in den Parlamentsdebatten zur ersten Revision mehr Gewicht einnahmen als während der zweiten. Dafür konnten die Medien und Vertreter der Praxis, z.B. Angehörige der Strafbehörden, während der Debatten zur erneuten Gesetzesrevision ihren Einfluss stärken. Auch mit den Akteuren

können Bewertungstendenzen verbunden werden, welche aufzeigen, dass der Wandel der Akteurskonstellation die Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen begünstigte. Wie anhand der Forschungsliteratur erkennbar wurde, lehnen die Exponenten der Wissenschaft kurze Freiheitsstrafen mehrheitlich ab und können entsprechend einer Contra-Position zugerechnet werden. Dagegen zeigte eine Medienanalyse des fög, dass in der Berichterstattung ab 2008 befürwortende Voten überwogen, so dass sich der Grundhaltung der Medien eine Pro-Bewertung zuschreiben lässt.¹⁴ Ebenfalls für eine Pro-Haltung schienen die Vertreter der Praxis einzutreten. Diese Gruppe sprach sich in den Medien deutlich für die Wiedereinführung aus. Somit haben im Rahmen der zweiten Revision zwei Akteursgruppen an Bedeutung gewonnen, welche eine Pro-Bewertung vertraten, während im ersten Diskurs eine Gruppe mit Contra-Haltung dominierte.

4.3 Diskussion

Die Parlamentsdebatten zur zweiten Revision wurden im Vergleich stärker durch die Medienberichterstattung beeinflusst und zeigten sich offener für punitiv-populistische Strategien. Damit wird erkennbar, dass nicht nur das Politikfeld für den Grad der Medialisierung ausschlaggebend ist. Auch innerhalb eines Politikfelds können sich, hier sogar in relativ geringem zeitlichem Abstand, ganz unterschiedliche Diskurse formen. Im vorliegenden Fall scheinen insbesondere der Kontext der Gesetzesrevision

¹³ GARLAND, 2001, S. 134–135.

¹⁴ Bericht econcept, 2012: Im Rahmen der Evaluation der Revision des allgemeinen Teils des StGB durch die econcept AG, welche das EJPD veranlasst hatte, wurde unter anderem die mediale Berichterstattung analysiert. Die Medienanalyse wurde durch den fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich – durchgeführt. Dafür wurden Kommunikationsereignisse in zehn deutsch- und französischsprachigen Printmedien während der Jahre 2007 bis 2011 erfasst.

und die diskursiven Anfänge eine entscheidende Rolle für die Haltung des Parlaments einzunehmen. Die Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafen wurde als Teil der umfassenden Gesamtrevision gesehen. Diese war von langer Hand geplant und wurde als eher trocken, unverständlich und komplex thematisiert, weshalb sie als Expertendiskussion eingestuft wurde.¹⁵ Entsprechend wenig griffen die Medien die Revision auf. Bereits vor der zweiten Revision intensivierte sich die Medienberichterstattung. Dies wurde ausgelöst durch konkrete Ereignisse, welche sich zur Skandalisierung eigneten. So führte die mediale Problematisierung der Kriminalität zu einer gesteigerten politischen Problemwahrnehmung. Neben der Kritik der Praktiker war die in den Medien vermittelte Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Strafjustiz ausschlaggebend dafür, dass überhaupt eine erneute Revision anvisiert wurde. Durch diesen Ausgangspunkt der parlamentarischen Beratungen hat die mediale Öffentlichkeit in den Debatten zur zweiten Revision von Anfang an einen höheren Stellenwert eingenommen, als dies bei der ersten Revision der Fall war. Somit scheinen die Art und Weise des Agenda-Settings, und damit verbunden die Arena und der Kontext des Diskurses, entscheidend für die Deutung gewesen zu sein und zum Meinungswandel beigetragen zu haben.

Die gesteigerte Bedeutung der medialen Öffentlichkeit führte dazu, dass der politische Diskurs anfälliger für populistische Mechanismen wurde. Meines Erachtens war diese Entwicklung entscheidend dafür, dass der Politikwandel bezüglich der kurzen Freiheitsstrafen so abrupt stattfand. Die gestiegene Bedeutung der Medien für den politischen Diskurs machte die Politik volatil, da die mediale Logik der Thematisie-

rung und Skandalisierung von Inhalten sich als sprunghafter erweist als beispielsweise wissenschaftliche Evidenz. Eine These, welche noch weiterer Prüfung unterzogen werden müsste, wäre entsprechend, dass eine Politik für raschen Wandel empfänglicher wird, wenn der Einfluss der Medien zunimmt.

Quellen

- ALBRECHT, P. (2014). Rückschritte im Sanktionenrecht. *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht*, 03, 279–282.
- Amtliches Bulletin des Nationalrates (2001). *Sommersession 2001, Zweite Sitzung, 06.06.01: Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz – Änderung*. AB 2001 N 532–560. (zit. AB 2001 N)
- Amtliches Bulletin des Nationalrates (2013). *Herbstsession 2013, Zwölfte Sitzung, 24.09.13: StGB und MStG – Änderung des Sanktionenrechts*. AB 2013 N 1580–1612. (zit. AB 2013 N)
- Amtliches Bulletin des Nationalrates (2014). *Herbstsession 2014, Dreizehnte Sitzung, 24.09.14: StGB und MStG – Änderung des Sanktionenrechts*. AB 2014 N 1705–1725. (zit. AB 2014 N)
- Amtliches Bulletin des Ständerates (1999). *Wintersession 1999, Sechste Sitzung, 14.12.99: Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz – Änderung*. AB 1999 S 1105–1138. (zit. AB 1999 S)
- Amtliches Bulletin des Ständerates (2001). *Herbstsession 2001, Dritte Sitzung, 19.09.01: Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz – Änderung*. AB 2001 S 508–521. (zit. AB 2001 S)
- Amtliches Bulletin des Ständerates (2014). *Sommersession 2014, Elfte Sitzung, 18.06.14: StGB und MStG – Änderung des Sanktionenrechts*. AB 2014 S 627–647. (zit. AB 2014 S)
- Bundesamt für Justiz (2010). *Evaluation des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes*. (zit. Bericht BJ, 2010)
- Bundesamt für Statistik (2011). *Neues Sanktionenrecht und strafrechtlicher Rückfall. Erste Analysen der Rückfallentwicklung seit Inkraftsetzung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches im Jahre 2007*. (zit. Bericht BFS, 2011)

¹⁵ Bericht econcept, 2012, S. 116.

- Bundesblatt (1999). *Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Allgemeine Bestimmungen, Einführung und Anwendung des Gesetzes) und des Militärstrafgesetzes sowie zu einem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 21. September 1998*. BBl, 1999, S. 1979–2417. (zit. Botschaft, 1999)
- Bundesblatt (2012). *Botschaft zur Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes (Änderungen des Sanktionenrechts) vom 4. April 2012*. BBl, 2012, S. 4721–4756. (zit. Botschaft, 2012)
- econcept AG (2012). *Evaluation der Wirksamkeit des revidierten AT-StGB*. (zit. Bericht econcept, 2012)
- ENTMAN, R. (1993). Framing: Towards Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- GARLAND, D. (2001). *The culture of control: crime and social order in contemporary society*. Chicago: University of Chicago Press.
- KNOEPFEL, P., LARRUE, C., VARONE, F., & VETT, S. (2011). *Politikanalyse*. Opladen: Budrich.
- RIKLIN, F. (2014). Die Reformen des Sanktionenrechts. *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht*, 03, 246–263.
- SCHÖN, D. A., & REIN, M. (1994). *Frame reflection: toward the resolution of intractable policy controversies*. New York: BasicBooks.
- STRATENWERTH, G. (2012). Zur erneuten Teilrevision. *Forum poenale*, (06), 353–355.
- VOWE, G., & DOHLE, M. (2009). Weltsticht und Medienbild des Parlaments im Wandel. Eine Inhaltsanalyse von Bundestagsdebatten aus 50 Jahren. In Politik in der Mediendemokratie. In: MARCINKOWSKI, F. & PFETSCH, B. (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie* (S. 224–250). Wiesbaden: VS-Verl.



Neuorganisation der Parlamentsdienste des Kantons St. Gallen

1. Ausgangslage

Der Kantonsrat des Kantons St. Gallen hiess am 25. Februar 2014 eine als dringlich eingereichte Motion der Fraktionen von SVP, SP-Grünen und GLP/BDP mit dem Titel «Neuorganisation der Parlamentsdienste»¹ gut. Mit der Motion wurde das Präsidium des Kantonsrates (Präsidium) beauftragt, die Gesetzesgrundlagen zu schaffen, damit der Ratsdienst und der parlamentarische Kommissionsdienst aus der Staatskanzlei ausgegliedert und administrativ und hierarchisch dem Präsidium unterstellt werden. Nach dem bisherigen Recht ist die Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Stabsstelle sowohl der Regierung als auch des Kantonsrates (sog. Kooperationsmodell). Die Dienststellen und die Mitarbeitenden der Staatskanzlei nehmen also aktuell Aufgaben für den Kantonsrat und für die Regierung wahr, wobei innerhalb der Staatskanzlei die Mitarbeitenden des Ratsdienstes und des parlamentarischen Kommissionsdienstes praktisch ausschliesslich für den Kantonsrat arbeiten. Bereits heute ist die Staatskanzlei in Angelegenheiten des Kantonsrates dem Präsidium unterstellt.²

Der vom Präsidium eingesetzte Lenkungsausschuss unterbreitete dem Präsidium zwei mögliche Umsetzungsvarianten der Motion. Die Variante «Trennmodell» orientierte sich eng am Modell des Kantons Bern, das eine eigenständige Parlamentsverwaltung vorsieht. Die Variante «Teilautonomie» hingegen orientierte sich an den

Modellen der Kantone Graubünden und Solothurn. Diese Variante strebt einen Ausbau der Unabhängigkeit der Parlamentsdienste an, ist aber mit geringeren organisatorischen und finanziellen Anpassungskosten verbunden als die Einführung des «Trennmodells». Das Präsidium beschloss, dem Kantonsrat eine Vorlage auf der Grundlage der Variante «Teilautonomie» zuzuleiten.

2. Änderungen und Besonderheiten

Die Variante «Teilautonomie» führt in zweifacher Hinsicht zu einer Klärung von Aufgaben und Zuständigkeiten: einerseits zwischen den bestehenden Organisationseinheiten Ratsdienst und parlamentarischer Kommissionsdienst, die neu zusammen die «Parlamentsdienste»³ bilden, und andererseits zwischen den «neuen» Parlamentsdiensten und der Staatskanzlei. Stellung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Parlamentsdienste werden gesetzlich verankert. Auf diese Weise lassen sich die Aufgaben und Leistungen der Parlamentsdienste klar von denjenigen der weiteren Dienststellen der Staatskanzlei abgrenzen. Gleichzeitig werden die bisher uneinheitlichen Wahlzuständigkeiten neu geregelt. So obliegt die Wahl der Leiterin oder des Lei-

¹ Motion 42.14.01 «Neuorganisation der Parlamentsdienste» vom 24. Februar 2014.

² Vgl. Art. 32 des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG).

³ Neu umfassen die Parlamentsdienste nur noch den Ratsdienst und den parlamentarischen Kommissionsdienst. Weitere Dienststellen der Staatskanzlei fallen nicht mehr unter den Begriff «Parlamentsdienste», soweit sie Aufgaben für den Kantonsrat erfüllen, sie erbringen jedoch weiterhin unterstützende Leistungen im Aufgabenbereich der Parlamentsdienste. Die unterstützenden Leistungen der Staatskanzlei werden zwischen dem Präsidium und dem Staatssekretär vereinbart (vgl. Art. 6a [neu] und Art. 7d [neu] StVG).

ters der Parlamentsdienste dem Präsidium, wobei dem Staatssekretär ein Antragsrecht zusteht. Auf diese Weise werden auch die Aufgabenbereiche der Leiterin oder des Leiters der Parlamentsdienste deutlicher von jenen des Staatssekretärs getrennt. Durch die Wahlzuständigkeit des Präsidiums wird dessen Einfluss gestärkt und die Unabhängigkeit der Parlamentsdienste erhöht.

Die Neuorganisation ermöglicht den Parlamentsdiensten die eigenständige Erfüllung ihrer Aufgaben zugunsten des Kantonsrates und führt zur – von der Motion verlangten – hierarchischen Unterstellung der Parlamentsdienste unter das Präsidium. Am Präsidium ist es wiederum, die Leistungserbringung der Parlamentsdienste zugunsten des Kantonsrates zu steuern. So soll die Geschäfts- und Protokollführung neu nicht nur für die ständigen Kommissionen, sondern auch für die nichtständigen Kommissionen, d.h. für die vorbereitenden Kommissionen, grundsätzlich durch den parlamentarischen Kommissionsdienst erfolgen und nur noch in Ausnahmefällen durch das zuständige Departement.

Mit der Variante «Teilautonomie» wird das heutige Kooperationsmodell, wonach die Staatskanzlei die Stabsstelle von Regierung und Kantonsrat ist, im Grundsatz weitergeführt. Im Ergebnis erhalten die Parlamentsdienste eine ähnliche Stellung wie die ebenfalls teilautonome kantonale Finanzkontrolle⁴, die administrativ dem Finanzdepartement zugeordnet ist. Die administrative Zuordnung der Parlamentsdienste zur Staatskanzlei ermöglicht die koordinierte Aufgabenerfüllung der Parlamentsdienste und der übrigen Dienststellen der Staatskanzlei zugunsten des Kantonsrates und trägt zur Schaffung von Synergien und zur optimalen Nutzung der vorhandenen Ressourcen bei.

⁴ Vgl. Art. 42a Abs. 3 StVG.

Nicht umgesetzt wird mit der Variante «Teilautonomie» die in der Motion erwähnte administrative Ausgliederung des Ratsdienstes und des parlamentarischen Kommissionsdienstes aus der Staatskanzlei. Dies könnte nur mit der Variante «Trennmodell» umgesetzt werden und hätte weitreichende organisatorische, rechtliche und finanzielle Konsequenzen.

3. Diskussionen im Kantonsrat

Die Vorlage des Präsidiums zur Neuorganisation der Parlamentsdienste im Sinne der Variante «Teilautonomie» war im Kantonsrat umstritten. Von Seiten der Fraktionen von SVP und von SP-Grünen wurde moniert, dass der Auftrag der Motion mit der Vorlage des Präsidiums nicht wortgetreu umgesetzt worden sei. Die Stabsstellen von Regierung und Kantonsrat seien vielmehr klar aufzutrennen, und der Kantonsrat sei im Detail über die Kosten und Synergien der alternativen Variante «Trennmodell» in Kenntnis zu setzen. Einen entsprechenden Rückweisungsantrag lehnte der Kantonsrat nur knapp mit 60 zu 56 Stimmen ab.

Die Ratsmehrheit würdigte die Vorlage des Präsidiums als pragmatische und auf die St.Galler Verhältnisse zugeschnittene Lösung, welche die Vorteile des Kooperationsmodells beibehält, dieses aber zugunsten einer Stärkung der Parlamentsdienste und einer Klärung der Zuständigkeiten weiterentwickelt. Hätte statt der Variante «Teilautonomie» die Variante «Trennmodell» eine Mehrheit gefunden, wurde mit Blick auf die Kostenfolgen angekündigt, das Ratsreferendum zu ergreifen und die Vorlage einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Klar zugestimmt wurde einem Auftrag, die Botschaft zur Vorlage für die 2. Lesung um eine zweite Version der Variante «Teilautonomie» zu ergänzen. Die zweite

Version solle die zusätzliche Wirkung von erhöhten personellen Ressourcen der Parlamentsdienste aufzeigen und überdies die Schnittstellen zu weiteren Dienststellen der Staatskanzlei darstellen. Das Präsidium erfüllte diesen Auftrag mit einer Nachtragsbotschaft, die im Rat wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

In der Gesamt- bzw. der Schlussabstimmung fand die mit der Variante «Teilautonomie» erfüllte Neuorganisation der Parlamentsdienste klare Mehrheiten: Der XV. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates wurde mit 80 zu 1 Stimmen bei 18 Enthaltungen angenommen, der IX. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz mit 110 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Neuorganisation der Parlamentsdienste tritt auf Beginn der Amtsdauer 2016/2020 am 1. Juni 2016 in Kraft.

4. Verknüpftes Geschäft und Ausblick

In der Diskussion über die Neuorganisation der Parlamentsdienste wurde darauf hingewiesen, dass es einen starken Zusammenhang mit den Fragen des Postulates 43.12.08 «Überprüfung der Organisation der ständigen Kommissionen» gebe. Denn eine umfassende Neugestaltung des Kommissionssystems – namentlich eine Abkehr vom Modell mit ständigen und nichtständigen Kommissionen zu einem Modell mit nur ständigen Kommissionen – könnte richtungsweisend sein für die Entscheidung zwischen den Varianten «Teilautonomie» und «Trennmodell».

Noch ist die Neugestaltung des Kommissionssystems im parlamentarischen Prozess. Bereits beschlossen sind jedoch die Eckwerte für das neue Kommissionssystem. Auf eine umfassende Neugestaltung soll zugunsten einer moderaten Erweiterung des bestehenden Kommissionssystems mit

einzelnen Fachbereichskommissionen verzichtet werden. Der Kantonsrat wird in der Novembersession 2015 über das neue Kommissionssystem beschliessen.

Matthias Renn, M.A. HSG
Mitarbeiter Ratsdienst und parlamentarischer
Kommissionsdienst des Kantons St.Gallen
matthias.renn@sg.ch

Lukas Schmucki, lic.rer.publ.HSG
Leiter Ratsdienst und parlamentarischer
Kommissionsdienst des Kantons St.Gallen
lukas.schmucki@sg.ch



Politik- und Sozialwissenschaftliche Online-Plattform DeFacto: <http://www.defacto.expert>

1. Die Plattform *DeFacto*

Seit dem 1. Oktober 2015 ist *DeFacto* – *belegt, was andere meinen* online. DeFacto ist eine neue Online-Plattform für den Wissenstransfer der Schweizer Politik- und Sozialwissenschaften. Die Plattform bringt Resultate der universitären Forschung sowie Expertenwissen aus der Politik- und verwandten Sozialwissenschaften einem interessierten Publikum näher. Die Texte auf DeFacto sind kurz und verständlich geschrieben, zeigen aber gleichzeitig auf, welche Methodik ihnen zu Grunde liegt und auf welche Theorien sie sich beziehen.

Auf DeFacto erscheinen Kurzfassungen von wissenschaftlichen Publikationen, die in Fachzeitschriften publiziert wurden, Zusammenfassungen von Buchkapiteln und anderen Forschungsberichten sowie eigens für die Plattform verfasste Analysen und Kommentare, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen geschrieben werden. Fortgeschrittene Studierende erhalten ebenfalls die Möglichkeit, herausragende Qualifikationsarbeiten auf der Plattform vorzustellen. Die Beiträge auf DeFacto erscheinen vorwiegend in Deutsch, Französisch oder Italienisch.

Alle Beiträge auf DeFacto werden nach Erscheinen über soziale Medien wie Facebook und Twitter verbreitet.

2. Ausgangslage

Die Schweizer Politikwissenschaft und mit ihr die meisten anderen Sozialwissenschaften sind in den letzten Jahrzehnten internationaler und spezialisierter gewor-

den. Die politik- und sozialwissenschaftlichen Publikationen in wissenschaftlichen Journals sind diversifizierter sowie methodisch und theoretisch anspruchsvoll. Mit der Internationalisierung hat sich auch die Art der Publikationen stark gewandelt. Viele in der Schweiz tätige Wissenschaftler schreiben und publizieren heute vorwiegend auf Englisch. Der Wandel zeigt sich beispielsweise in der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft. Während in den Anfangsjahren nur gut zehn Prozent der Publikation in Englisch waren, wird inzwischen fast ausschliesslich in Englisch publiziert.

Politik- und sozialwissenschaftliche Forschung richtet sich immer mehr an ein rein wissenschaftliches Publikum. Für politische Akteure aus Parteien, Verwaltung oder Medien oder an Politik interessierte Personen sind in dieser Form publizierte wissenschaftliche Ergebnisse kaum mehr zugänglich oder verständlich. An dieser Stelle setzt DeFacto ein.

3. Ziele der neuen Plattform

Eine Plattform wie DeFacto kann eine wichtige Lücke füllen und ist für die Politik- und Sozialwissenschaften in der Schweiz aus folgenden Gründen von Bedeutung:

- Sozialwissenschaftliche Forschung wird für ein breiteres Publikum und für politische Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung zugänglich. Wie sich während der Startphase gezeigt hat, sind insbesondere Medienschaffende und Personen aus der Politik und dem Politikvermittlungsbereich sehr an DeFacto interessiert. Sie figurieren als Gatekeeper

und können Inhalte von DeFacto weitergeben.

- Ein Wissenstransfer für eine breitere Öffentlichkeit erhöht die Sicherbarkeit politik- und sozialwissenschaftlicher Institute und der bei ihnen tätigen Forschenden. Durch die Plattform DeFacto findet der Wissenstransfer weniger reaktiv auf Anfrage statt, sondern kann proaktiv erfolgen und ermöglicht es den Forschenden, die eigene Forschung in einem anerkannten Forum breit zu platzieren.
- Durch eine Publikation auf DeFacto entsteht längerfristig auch ein Mehrwert für Forschende gegenüber der bisher punktuellen und individuellen Verbreitung von Forschung, da sich Artikel in dieser Form auch in einem Lebenslauf aufführen lassen.

4. Finanzierung und institutionelle Anbindung

DeFacto ist ein Pilotprojekt und wird vom Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Förderprogrammes Agora für eine Startphase von zwei Jahren unterstützt. Das Projekt ist am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich sowie FORS, dem Swiss Centre of Expertise in the Social Sciences, angegliedert. Die Projektleitung obliegt Prof. Fabrizio Gilardi und Prof. Georg Lutz.

Die Plattform wird von einer vierköpfigen Redaktion betrieben und von einem Editorial Board getragen. Dem Editorial Board gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Schweizer Institute für Politikwissenschaft sowie Forschungseinrichtungen an.

Sarah Bütikofer, Politikwissenschaftlerin
und Editorin DeFacto
sarah.buetikofer@ipz.uzh.ch



Korrespondenten – Correspondents – Corrispondenti

Bund

Bundesversammlung

Ruth Lüthi, stv. Sekretärin der Staatspolitischen Kommissionen, Parlamentsdienste der eidg. Räte, 3003 Bern, T: 058 322 98 04, F: 058 322 98 67, E: ruth.luethi@parl.admin.ch

Kantone – Cantons – Cantoni

Kantonsrat Zürich

Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Postfach, 8090 Zürich, T: 043 259 20 07, F: 043 259 51 88, E: moritz.vonwyss@pd.zh.ch

Grosser Rat Bern – Grand Conseil Berne

Patrick Trees, Generalsekretär, Postgasse 68, 3000 Bern 8, T: 031 633 75 82, F: 031 633 75 88, E: patrick.trees@parl.be.ch

Kantonsrat Luzern

Karin Schuhmacher, Leiterin Parlamentsdienst, Staatskanzlei, Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern, T: 041 228 50 17, E: karin.schuhmacher@lu.ch

Landrat Uri

Kristin Arnold Thalmann, Landratssekretärin, Rathaus, 6460 Altdorf, T: 041 875 20 06, F: 041 870 66 51, E: kristin.arnold@ur.ch

Kantonsrat Schwyz

Mathias Brun, Staatsschreiber, Staatskanzlei, 6431 Schwyz, T: 041 819 11 24, F: 041 819 26 19, E: mathias.brun@sz.ch

Kantonsrat Obwalden

Nicole Frunz Wallimann, Ratssekretärin, Ratssekretariat Kantonsrat, Rathaus, Postfach 1562, 6061 Sarnen, T: 041 666 62 02, F: 041 660 65 81, E: nicole.frunz@ow.ch

Landrat Nidwalden

Armin Eberli, Landratssekretär, Regierungsgebäude, Postfach, 6371 Stans, T: 041 618 79 01, F: 041 618 79 11, E: armin.eberli@nw.ch

Landrat Glarus

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber, Regierungskanzlei des Kantons Glarus, 8750 Glarus, T: 055 646 69 66, F: 055 646 32 91, E: hansjoerg.duerst@gl.ch

Kantonsrat Zug

Tobias Moser, Landtschreiber, Regierungsgebäude, Postfach, 6301 Zug, T: 041 728 31 10, F: 041 728 37 01, E: tobias.moser@zg.ch

Grand Conseil Fribourg – Grosser Rat Freiburg

Mireille Hayoz, Secrétaire générale du Grand Conseil, Rue de la Poste 1, 1701 Fribourg, T: 026 305 10 52, F: 026 305 10 49, E: HayozMi@fr.ch

Kantonsrat Solothurn

Fritz Brechbühl, Sekretär des Kantonsrates, Rathaus, 4500 Solothurn, T: 032 627 20 79, E: fritz.brechbuehl@sk.so.ch

Grosser Rat Basel-Stadt

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, Rathaus, 4001 Basel, T: 061 267 40 15, M: 078 713 59 06, E: thomas.daehler@bs.ch

Landrat Basel-Landschaft

Alex Klee, Leiter Parlamentsdienst, Landeskanzlei Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, T: 061 552 50 27, F: 061 552 69 65, E: alex.klee@bl.ch

Kantonsrat Schaffhausen

Martina Harder, Sekretärin des Kantonsrats, Regierungsgebäude, Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 73 63, F: 052 632 70 69, E: martina.harder@ktsh.ch

Grosser Rat Appenzell ER

Markus Dörig, Ratsschreiber, Rathaus, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, T: 071 788 93 11, F: 071 788 93 39, E: markus.doerig@rk.ai.ch

Kantonsrat Appenzell AR

Anja Jenny, Assistentin Kantonsrat, Parlamentsdienste, Regierungsgebäude, 9102 Herisau, T: 071 353 62 34, E: anja.jenny@ar.ch

Kantonsrat St. Gallen

Lukas Schmucki, Leiter Ratsdienst, Staatskanzlei, Regierungsgebäude, Postfach, 9001 St.Gallen, T: 058 229 32 56, F: 058 229 39 55, E: lukas.schmucki@sg.ch

Grosser Rat Graubünden

Domenic Gross, Leiter Ratssekretariat, Staatskanzlei Graubünden, 7001 Chur, T: 081 257 22 32, F: 081 257 21 88, E: ratssekretariat@staka.gr.ch

Grosser Rat Aargau

Rahel Ommerli, Leiterin Parlamentsdienst, Regierungsgebäude, 5001 Aarau, T: 062 835 13 61, F: 062 835 13 59, E: rahel.ommerli@ag.ch

Grosser Rat Thurgau

Ricarda Zurbuchen, Leiterin Parlamentsdienste, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld, T: 052 724 23 49, F: 052 724 29 58, E: ricarda.zurbuchen@tg.ch

Gran Consiglio Ticino

Gionata P. Buzzini, Segretario del Gran Consiglio, Palazzo governativo, 6510 Bellinzona, T: 091 814 43 25, E: gionata.buzzini@ti.ch

Grand Conseil Vaud

Igor Santucci, Secrétaire général du Grand Conseil, Grand Conseil, Place du Château 6, 1014 Lausanne, T: 021 316 05 19, F: 021 316 40 19, E: igor.santucci@vd.ch

Grand Conseil Valais – Grosser Rat Wallis

Claude Bumann, Chef du Service parlementaire, Grand Conseil, Service parlementaire, Grand-Pont 4, 1951 Sion, T: 027 606 21 87, E: claud.bumann@parl.vs.ch

Grand Conseil Neuchâtel

Janelise Pug, cheffe du service du Grand Conseil, Château, 2000 Neuchâtel, T: 032 889 40 15, E: Janelise.Pug@ne.ch

Grand Conseil Genève

Maria Anna Hutter, Sautière, Rue de l'Hôtel de Ville, 1211 Genève 3, T: 022 327 97 00, F: 022 327 97 19, E: maria-anna.hutter@etat.ge.ch

Parlement Jura

Jean-Baptiste Maître, secrétaire du Parlement, Parlement de la République et Canton du Jura, Hôtel du Parlement, Rue de l'Hôpital 2, 2800 Delémont, T: 032 420 72 22 / 23, F: 032 420 72 21, E: jean-baptiste.maître@jura.ch

Gemeinden – Communes – Comuni

Stadt Baden

Marco Sandmeier, Stadtschreiber Stellvertreter, Stadthaus, Rathausgasse 1, 5401 Baden, T: 056 200 82 04, F: 056 200 83 26, E: marco.sandmeier@baden.ag.ch

Stadt Bern

Daniel Weber, Ratssekretariat; Morellhaus, Postgasse 14, Postfach, 3000 Bern 8, T: 031 321 79 20, F: 031 321 79 22, E: ratssekretariat@bern.ch

Stadt Biel – Ville de Bienne

Regula Klemmer, Ratssekretärin, Ratssekretariat des Stadtrates, Mühlebrücke 5a, 2502 Biel-Bienne, T: 032 326 11 73, F: 032 326 11 92, E: regula.klemmer@biel-bienne.ch

Stadt Bülach

Susanna Lucio, Ratssekretärin, Marktgasse 28, 8180 Bülach, T: 044 863 11 22, F: 044 863 11 33, E: susanna.lucio@buelach.ch

Gemeinde Davos

Michael Straub, Landschreiber, Berglistutz 1, Postfach, 7270 Davos Platz 1, T: 081 414 30 41, F: 081 414 30 49, E: michael.straub@davos.gr.ch

Stadt Dietikon

Uwe Krzesinski, Sekretär des Gemeinderates, Stadthaus, Bremgartnerstrasse 22, 8953 Dietikon, T: 044 744 36 31, E: uwe.krzesinski@dietikon.ch

Ville de Genève

Marie-Christine Cabussat, Cheffe du Secrétariat du Conseil municipal, Rue de la Croix Rouge 4, 1204 Genève, T: 022 418 29 66, E: infocm@ville-ge.ch

Stadt Gossau

Toni Inauen, Stadtschreiber, Stadtkanzlei, Rathaus, 9201 Gossau, T: 071 388 41 11, E: toni.inauen@stadtgossau.ch

Gemeinde Köniz

Verena Remund-von Känel, Parlamentssekretärin, Direktion Präsidiales und Finanzen, Fachstelle Parlament, Landorfstr. 1, 3098 Köniz, T: 031 970 92 06, F: 031 970 92 17, E: verena.remund@koeniz.ch

Stadt Kreuzlingen

Thomas Niederberger, Stadtschreiber der Stadt Kreuzlingen und Sekretär des Gemeinderates, Stadtkanzlei, Hauptstrasse 62, 8280 Kreuzlingen, T: 071 677 62 10, F: 071 671 11 30, E: thomas.niederberger@kreuzlingen.ch

Ville de Lausanne

Frédéric Tétaz, Secrétaire du Conseil communal de Lausanne, Hôtel de ville, Pl. de la Palud 2, 1003 Lausanne, T: 021 315 21 01, F: 021 315 20 02, E: frederic.tetaz@lausanne.ch

Stadt Luzern

Brigitte Gisler, Leiterin Sekretariat Grosser Stadtrat, Hirschengraben 17, 6002 Luzern, T: 041 208 88 76, E: grstr@stadtluzern.ch

Stadt Opfikon

Willi Bleiker, Ratssekretär, Stadtverwaltung Opfikon, Oberhauserstrasse, 8152 Opfikon, T: 01 829 82 27, F: 01 829 82 42, E: willi.bleiker@opfikon.ch

Gemeinde Riehen

Katja Christ, iur. Sekretärin des Einwohnerrates, Gemeindehaus, 4125 Riehen, T: 061 646 82 18, E: katja.christ@riehen.ch

Stadt Thun

Remo Berlinger, Vize-Stadtschreiber, Rathaus, 3602 Thun, T: 033 225 82 17, E: remo.berlinger@thun.ch

Stadt Schaffhausen

Gabriele Behring, Ratssekretärin Grosser Stadtrat Schaffhausen, Stadthaus, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 53 14, E: gabriele.behring@stsh.ch

Stadt St.Gallen

Manfred Linke, Stadtschreiber, Rathaus, 9001 St.Gallen, T: 071 224 53 22, F: 071 224 57 01, E: manfred.linke@stadt.sg.ch

Stadt Uster

Daniel Reuter, Leiter Parlamentarische Dienste, Bahnhofstrasse 17, 8610 Uster, T: 044 944 73 32, E: daniel.reuter@uster.ch

Stadt Wetzikon

Michael Strebler, Ratssekretär des Grossen Gemeinderates, Bahnhofstrasse 167, 8622 Wetzikon, T: 044 931 32 15, E: michael.strebler@wetzikon.ch

Stadt Winterthur

Marc Bernhard, Ratsschreiber Grosser Gemeinderat der Stadt Winterthur, Stadtkanzlei Winterthur, Stadthaus, 8402 Winterthur, T: 052 267 51 58, F: 052 267 59 35, E: marc.bernhard@win.ch

Stadt Zug

Martin Würmli, Stadtschreiber, Stadthaus, Postfach 1258, 6301 Zug, T: 041 728 21 02, F: 041 728 23 71, E: martin.wuermli@stadtzug.ch

Stadt Zürich

Andreas Ammann, Leiter Parlamentsdienste des Gemeinderates, Stadthausquai 17, Postfach, 8022 Zürich, T: 044 412 31 10, F: 044 412 31 12, E: andreas.ammann@zuerich.ch

Vorstand SGP – Comité SSP – Comitato SSP

Präsident

Ruedi Lustenberger, a. Nationalrat, Romoos LU

Vizepräsident

Daniel Reuter, Leiter Parlamentsdienste der Stadt Uster, Zürich

Sekretär

Reto Schmid, stv. Generalsekretär des Grossen Rates FR, Freiburg

Kassiererin

Sabine Canton, Leiterin Ratsdienste des Kantons Basel-Stadt, Basel

Webmaster

Reto Rudolf, Gemeinderat Stadt Zürich, Zürich

Redaktorin Mitteilungsblatt

Ruth Lüthi, stv. Sekretärin der SPK NR/SR, Burgdorf

Jacques-André Aubry, Député au Parlement jurassien, Les Breuleux; Andreas Blaser, Grossrat BE, Steffisburg; Gionata Buzzini, segretario generale del Gran Consiglio TI, Minusio; Hansjörg Dürst, Ratschreiber, Staatskanzlei GL, Glarus; Maria Anna Hutter, sautière du Grand Conseil GE, Genève; Regula Klemmer, secrétaire du Conseil de ville de la Ville de Bienne, Bienne; Igor Santucci, Secrétaire général du Grand Conseil du canton de Vaud, Echallens; Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat ZH, Zürich



IMPRESSUM

Das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erscheint 3-mal jährlich und wird durch die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen herausgegeben.

Sekretär der Gesellschaft: Reto Schmid, stv. Generalsekretär des Grossen Rates FR, Tel. 026 305 10 55

Sekretariat und Vertrieb: Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 058 322 99 44

Redaktion: Ruth Lüthi, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 058 322 98 04

Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 20. März 2016.

Die von den Autorinnen und Autoren vertretenen Meinungen müssen sich mit denjenigen der Redaktion nicht decken. Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Mitteilungen können direkt an die Redaktion gesandt werden, vorzugsweise per E-Mail (ruth.luethi@parl.admin.ch).

Le bulletin d'information SSP paraît 3 fois l'an et est publié par la Société suisse pour les questions parlementaires.

Secrétaire de la Société: Reto Schmid, secrétaire général adjoint du Grand Conseil FR, Tél. 026 305 10 55

Secrétariat et distribution: Secrétariat CIP, Services du Parlement, 3003 Berne, Tél. 058 322 99 44

Rédaction: Ruth Lüthi, Services du Parlement, Tél. 058 322 98 04
Délai rédactionnel du prochain numéro: 20 mars 2016.

Les avis exprimés par les auteurs sont de leur seule responsabilité et ne reflètent pas nécessairement celles de la rédaction.

Les nouvelles peuvent être transmises directement à la rédaction, si possible par voie électronique (ruth.luethi@parl.admin.ch).

Il bollettino d'informazione SSP viene pubblicato 3 volte all'anno dalla Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP).

Segretario della Società: Reto Schmid, secrétaire général adjoint du Grand Conseil FR, Tél. 026 305 10 55

Segretariato e distribuzione: Segretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna, Tel. 058 322 99 44

Redazione: Ruth Lüthi, Servizi del Parlamento, Tel. 058 322 98 04
Termine redazionale della prossima edizione: 20 marzo 2016.

Le opinioni espresse dagli autori non collimano necessariamente con quelle della redazione. Gli autori sono responsabili delle loro opinioni. Le informazioni possono essere trasmesse direttamente alla redazione, possibilmente per e-mail (ruth.luethi@parl.admin.ch).

Produktion/Production/Produzione: Dike Verlag AG, Weinbergstr. 41, 8006 Zürich, Tel.: 044/251 58 30, <http://www.dike.ch>

